

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Braunerstr. 1/1, und durch Kohlenpost zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, drei Monate 2.00, durch die Post bezogen M. 2.50, frei im Haus M. 2.00, wo keine Post am Orte, M. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Einzelnummern 15 Pfennig. Anzeigen für die einjährige Colonienzeit oder deren Hälfte 20 Pfennig. Anzeigen für die einjährige Colonienzeit oder deren Hälfte 40 Pfennig. Doppelzettel unter Zug 1 Pfennig. Anzeigen für Arbeitsnachweise 15 Pfennig. Anzeigen für Vermittlung von Arbeitskräften 15 Pfennig. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Sonntag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 149.

Breslau, Sonnabend, den 28. Juni 1913.

24. Jahrgang.

Russische Rüstungen.

Die plötzliche Erhöhung der deutschen Friedenspräsenzstärke um 136.000 Mann ruft die Wirkung hervor, die als selbstverständlich vorausgesehen und vorausgelegt wurden. Der Kampf des Wettstreits hat alle Länder erfasst. Zur Stärkung der deutschen Wehrkraft sollte die Militärvorlage dienen. Wenn aber ihre Wirkungen nicht bloß in Deutschland und Oesterreich, sondern auch in Frankreich und Rußland zu zusammenfassender Einschätzung gelangen werden, wird man finden, daß die Rechnung auf Null ausgeht, wenn nicht am Ende noch ein Festtrag zu ungunsten Deutschlands in Erscheinung tritt.

Die russische Regierung behält den zweiten Jahrgang für ein drittes Jahr unter den Fahnen, und hofft, durch Durchdringung des Dreijahrgesetzes die diesjährige Ausnahme zu ständiger Regel erheben zu können. Die Zahl der Mannschaften, die dadurch dem bisherigen Stande hinzugefügt wird, ist auf alle Fälle größer als die Zahl der Soldaten, die auf Grund des neuen Gesetzes die Reihen der deutschen Armee verstärken sollen. Außerdem will die russische Regierung mit der größten Eile braune Truppen heranzubilden, um die in Afrika stehenden Gereskette baldmöglichst nach der Heimat zurückzuführen zu können.

Und nun kommt zu Frankreich Frankreichs Militär, Rußland. Daß Rußland zur Beschleunigung der Mobilmachung neue strategische Bahnen bauen und zwei weitere Armeekorps an die deutsche Grenze schieben will, war schon bekannt. Weitere Maßnahmen wurden am letzten Dienstag vom Chef des Generalstabs in der Duma angekündigt. Das Militärressort hat eine Gesetzesvorlage ausgearbeitet, deren Inhalt folgendermaßen charakterisiert wird: bedeutende Verstärkung der russischen Wehrkraft, Formierung neuer Truppenteile bei der Infanterie, Kavallerie und anderen Waffengattungen, Vermehrung der Anzahl der Feldartilleriegeschütze.

Schon von den russischen Gegenmaßnahmen hat der General aller Rüstungstreiber, Herr Klein, versichert, daß sie die deutsche Militärvorlage mehr als aufwiegen. Nun kommen noch die russischen Rüstungen hinzu, von deren Größe wir vorläufig noch keine genauere Vorstellung besitzen. Rußland verfügt im Gegensatz zu Frankreich über ein schier unerschöpfliches Menschenmaterial, die Frage der Armeevergrößerung ist nur eine Geldfrage, die bei dem gegenwärtigen Stande der russischen Finanzen und der jenen Hilfsbereitschaft der Freunde und Bundesgenossen nicht schwer zu lösen sein wird.

Wie auf Verabredung erfolgt die Ankündigung der russischen Geresvorlage noch vor Erledigung des deutschen Gesetzes in der dritten Lesung. In der zweiten Lesung sind drei Kavallerieregimenter gestrichen worden, für die dritte ist ihre Wiederherstellung von Konservaliden und Nationalliberalen beantragt. Diese werden sich die russischen Ankündigungen zum Zwecke kräftiger Stimmungsmache sicher nicht entgehen lassen, und wenn Herr v. Seeringen zum Schluß doch noch seine sechs Kavallerieregimenter bewilligt erhält, wird er sich dafür nicht nur beim Zentrum, sondern auch beim Chef des russischen Generalstabs bedanken dürfen.

So treibt ein Teil den anderen, greift jedes Fahrrad der ungeheuren Maschinerie in das andere und die Schraube dreht sich ohne Ende.

Nicht lange wird es dauern, da wird uns der Wehrverein neue Tabellen verfahren, in denen gezeigt werden wird, daß Deutschland nach der Annahme aller Militärvorlagen in Frankreich, Rußland, Belgien usw. im Verhältnis zu seinen mutmaßlichen Gegnern schwächer sei als je zuvor, und wieder wird das Angstgeschrei durchs Land gellen: Mehr Steuern, mehr Soldaten!

In der Begründung zur Militärvorlage haben wir gelesen, daß dieses Gesetz zur Stärkung der deutschen Kampfkraft dienen soll. Daß dieser Zweck nicht erreicht werden wird, steht schon heute fest. Es stand schon von vornherein fest, es konnte gar nicht anders kommen, als es nun wirklich gekommen ist. Und man darf fragen, was das der Zweck der Wehrung?

Eine halbe Million bis drei Viertel Millionen Menschen werden mehr als bisher in Europa der Werte schaffenden Arbeit entzogen. Mehrere Milliarden europäischen Volkvermögens werden in neuen Waidwerkzeugen investiert. Und was Resultat? Eine Stärkung der deutschen Wehrmacht? Nein, im besten, im allerbesten Fall wird man sagen können, daß in Bezug auf das gegenseitige Kräfteverhältnis alles beim alten geblieben ist!

Die Schwächung dieser verhängnisvollen Entwicklung liegt bei der deutschen Regierung und bei der Mehrheit des deutschen Reichstags. Eine Militärvorlage von so ungeheurem Umfang, wie die gegenwärtige, mußte die stärkste Gegenbewegung im Auslande hervorrufen. Die Pflicht und die phantastische Höhe der deutschen Forderungen, mußte eine Rüstungsparie in der ganzen Welt hervorrufen und zu Gegenmaßnahmen füh-

ren, die die Wirkung der deutschen Militärvorlage wieder vollständig aufhebt.

Diese deutsche Militärvorlage war keine Meisterleistung militärischen Genies. Sie hat Deutschland materiell und moralisch schwer geschädigt, ohne es militärisch zu stärken. Sie bedeutet in unserem Zeitalter des bewaffneten Friedens einen verlorenen stillen Krieg. Sie ist ein neuer Beweis für die hoffnungslose Ungeschicklichkeit und Plumpheit, mit der die politischen Geschäfte des Reiches geführt werden, und sie legt die Frage nahe, ob sich ein so schlecht geführter Staat trotz aller Soldaten und Kanonen auf die Dauer ehrenvoll in der Welt behaupten kann.

In ein paar Tagen wird die neue Militärvorlage Gesetz sein. Aber schon jetzt kann sich das deutsche Volk sagen, daß alle Opfer umsonst gebracht sind!

Das badische Wahlabkommen.

Aus Baden wird dem „Vorwärts“ geschrieben: Das badische Abkommen hat folgenden Wortlaut:

„Zwischen den Vertretern der Nationalliberalen Partei, der Fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokratischen Partei wird heute folgendes vereinbart:

1. Die Vertreter der drei genannten Parteien sind darüber einig, daß bei den im Herbst 1913 stattfindenden Landtagswahlen zur Abwehr einer drohenden links-konserverativen Mehrheit ein Großabkommen für den 2. Wahlgang abgeschlossen werden muß.

2. Um dies zu ermöglichen und vorzubereiten, werden die Nationalliberalen und die Fortschrittliche Volkspartei in folgenden Kreisen selbständige Kandidaturen für den ersten Wahlgang aufstellen:

- 27. Kreis, Lahr-Stadt
- 55. Kreis, Schwetzingen
- 57. Kreis, Mannheim-Schwetzingen
- 58. Kreis, Heidelberg-Weisloch
- 64. Kreis, Heidelberg-Eberbach

3. Die Vertreter der drei genannten Parteien verpflichten sich, auf den 22. Juni ihre Landesversammlungen abzuhalten und diesen die Genehmigung dieses Abkommens vorzuschlagen.

Zuerst war angeregt worden, einen Großblock schon für den ersten Wahlgang abzuschließen, wobei die Parteien sich gegenseitig ihren Bestand garantieren sollten. Dieser Großblock kam nicht zustande. „Wir haben den Gedanken abgewiesen“, erklärte der nationalliberale Führer Dr. Nebmann in Karlsruhe. Dafür kam dann das Kleinblockabkommen, wonach Nationalliberaler und Fortschrittler — mit Ausnahme der Mannheimer Mandate — sich gegenseitig keine Konkurrenz machen wollten. Den Nationalliberalen wurden 52 und den Fortschrittlichen 16 Kreise zugewiesen, in denen sie Kandidaten aufstellen sollten. Damit wäre die „Wackeraktion“, die darauf hinausgeht, den Liberalen im ersten Wahlgang sozialdemokratische Sitze zuzuschlagen, um ein Großblockabkommen beim zweiten Wahlgang so gut wie unmöglich zu machen, nicht vereitelt worden. Dieses Kleinblockabkommen richtete seine Spitze gegen die Sozialdemokraten. Die Liberalen wollten die Hilfe der Schwarzblauen im ersten Wahlgang gegen uns und waren naiv genug, anzunehmen, daß wir im zweiten Wahlgang ihre gefährdeten Kreise demnach retten würden. Erst als sie durch unseren Widerspruch einsehen gelernt hatten, daß die sozialdemokratischen Wähler unter diesen Umständen für die Kandidaten des Kleinblocks nicht zu haben sein würden, wurden neue Verhandlungen angebahnt, die zu dem genannten Ergebnis geführt haben. Der Kleinblock bleibt bestehen mit der Modifikation, daß in den genannten fünf Kreisen ebenso wie in den fünf Mannheimer Kreisen sowohl die Nationalliberalen wie die Fortschrittler eigene Kandidaten aufstellen werden.

Man kann hier die Frage aufwerfen, was die Sozialdemokratie eigentlich mit der jetzt beschlossenen Erweiterung des Kleinblocks zu tun hat, denn sie ist dabei ja nicht aktiv beteiligt! Sie stellt nach wie vor in allen 73 Wahlkreisen eigene Kandidaten auf und führt somit den Kampf gegen alle bürgerlichen Parteien.

Der nationalliberale Führer Dr. Nebmann hat hierauf die Antwort gegeben: „W. d. h. die Nationalliberalen, gehen in der Hauptwahl mit den Fortschrittlichen zusammen und nach den Hauptwahlen treffen wir ein Abkommen mit den Sozialdemokraten.“

Das ist es, worauf es ankommt!

Die Großblockparteien haben durch dieses revidierte Kleinblockabkommen das Großblockabkommen für den zweiten Wahlgang vorbereitet. Sie haben die Hände frei und werden voraussichtlich in derselben Weise wie 1905 und 1909 den Stichwahlkampf gegen die Schwarzblauen führen.

Wenn man die Dinge so beurteilt, wie sie hier wirklich liegen, so versteht man auch, daß auf unseren Landesparteitag nach dem Referat des Genossen Dr. Frank das Abkommen ohne Debatte gutgeheißen wurde.

Das Geschäftsfeld ist jetzt klar, wir sind in unserer Agitation nicht gehemmt und können unsere Stimmen zählen, was bei einem Großblockabkommen im ersten Wahlgang nicht der Fall gewesen wäre.

Politische Uebersicht.

Die Deckungsvorlagen.

Die zweite Lesung des Wehrbeitrags ging nach eifriger Debatte zu Ende, und auch das Scheckstempelgesetz war bald erledigt, so daß sich der Reichstag gestern schon von 3 Uhr auf heute vertragen konnte. Heute stehen alle noch ausstehenden zweiten Lesungen auf der Tagesordnung, so daß am Sonnabend vermutlich die Wehr- und Deckungsvorlagen in dritter Lesung verabschiedet werden können. Das ferienlustige Haus wird dann seine Sehnsucht erfüllen können.

In der heutigen Beratung des Wehrbeitrags wandte sich Genosse Emmel vor allem gegen den Antrag des Grafen Westarp, bei der Feststellung des landwirtschaftlichen Vermögens das Zwanzigfache des Reinertrages statt des Fünfundzwanzigfachen als Ertragswert zu Grunde zu legen. Ueberdies wollte die sozialdemokratische Fraktion den ganzen Paragraphen gestrichen haben, der Ausnahmen vorsieht, die in ihrer Gesamtheit eine ganz unbegründete Bevorzugung des Agrarierturns bedeuten. Es entspann sich eine längere Debatte, die sich namentlich auf die Erklärungen ausdehnte, die man in Hessen mit der Besteuerung nach dem gemeinen Wert gemacht hat. Der frühere Nationalliberale Herr v. Seyl, der ein seltener Gast im Reichstage geworden ist, trat für die Kommissionsbeschlüsse ein, während die Genossen Ulrich, Dr. David und Dr. Siedel um das Unrecht der Begünstigung nachwies, deren sich der Großgrundbesitzer erfreuen konnte. Der Antrag des Grafen Westarp, der in der ersten Lesung der Kommission bereits durchgegangen war, in der zweiten Lesung dagegen keine Annahme gefunden hatte, wurde heute im Plenum abgelehnt, und der § 17 in der Kommissionsfassung angenommen. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Schaffung einer Scala, die bei der Besteuerung der Einkommen die höheren Einkommen mehr belastet, wurde vom Genossen Wurm begründet, von den Mehrheit aber abgelehnt.

Eine längere Erörterung fand über den § 66 statt, der die über den Bedarf hinausgehenden Erträge des Wehrbeitrags zur Befreiung der dauernden Ausgaben der Geresvorlage verwenden will. Genosse Sokolrichter begründete einen Antrag unserer Fraktion, die Ueberschüsse zur Unterstützung der Kriegsteilnehmer, Bekämpfung der Tuberkulose, Förderung der Wohnungsreform und andere politische Aufgaben zu verwenden. Er wies namentlich auf die großen Lasten hin, die der Bevölkerung durch die Rüstungen erwachsen. Eine Bemerkung, die er über das unempfindliche Steuergewissen des Agrarier machte, reizte den Born des Grafen Westarp, dem Genosse David die verdiente Antwort gab.

Nach weiterer Erörterung wurde unter Ablehnung aller Änderungsanträge der § 66 in der Kommissionsfassung angenommen.

Nach Erledigung des Wehrbeitrags wurde noch das Scheckstempelgesetz in Angriff genommen und seine zweite Lesung durchgeführt. Das Gesetz wurde in der Gestalt, die es in der Kommissionsberatung erhalten hat, angenommen, mit der einzigen Ausnahme, daß die Feuerversicherungspolice von dem Reichsstempel ausgenommen wurden. Es ereignete sich der seltene Fall, daß für dieses Amendement die äußerste Rechte und die äußerste Linke eine Mehrheit bildeten, die im Sammelsturm festgestellt wurde.

Das Zentrum in der Klemme.

Die westdeutschen Bauernvereine, die sich dem Zentrum verschrieben, sind aber trotzdem eine gewisse Selbständigkeit bewahrt haben, sind wegen der Zustimmung zur Besteuerung des Kindeserbes gegen die Zentrumsfraktion stark aufgebracht. Die Zentrumsbauern weisen auf die Zweispaltigkeit der Zentrumsfraktion hin. 1909 habe diese aus aller Macht die damals aufgelegte Erbschaftsteuer unter der Bezeichnung „Witwen- und Waisensteuer“ stark bekämpft und heute Stimme einer solchen Steuer zu.

Die „Kölnische Volkszeitung“ fährt nun gegen die aufständigen Bauern ein scharfes Geschütz auf. Unter der Ueberschrift: „Den Bogen nicht überspannen!“ schreibt das Blatt:

„Die Agitation der westdeutschen Bauernvereine gegen die Reichsvermögensgewaltsteuer und die Besteuerung des Kindeserbes nimmt derartige Formen an, daß man ihr nicht mehr ruhig zusehen kann. Gewiß, es sind nur einzelne Wenige, die in der kurzen Spanne Zeit die Agitation entfalten und Resolutionen und Erklärungen beschließen konnten. Um so reifer ist die Verantwortung, die sich jene Wenigen aufhaken. Es ist ein Glück, daß die Kräfte der Zeit nicht eine weitere Ausdehnung dieser verheerenden Agitation unter den Landwirten gestattet; der überspannte Bogen könnte sonst leicht auf die zurückschlagen, die ihn überspannen wollen. . . . Wenn wenigstens die ganze Agitation der Bauernvereine in diesem Augenblick noch einen Sinn und die Möglichkeit eines Erfolges hätte. In Wirklichkeit sehen sich doch auch die Bauernvereine bezw. ihre Führer Tatsachen gegenüber, die im letzten Stadium einfach unabänderlich sind. Es kann sich um jeglichen Zeitpunkt doch nur darum handeln: Soll die Besteuerung des Kindeserbes erträglich gemacht oder soll eine Besteuerung des Waisen- oder Waienerbes in radikaler Form vorbereitet werden? . . . Man höre doch heute hin, wo man will, bei den Beamten, in Arbeiter-

treffen, in Mittelstandskreisen, selbst schon in kleinen Bauernkreisen, überall hört man das habereifste Schlagwort vom "Paracletum" und seinem Egoismus. Wir haben dieses Schlagwort stets bekämpft; aber man soll sich hüten, den Gegnern auch nur den Schein für die Berechtigung dieses Wortes zu liefern. Wer in dem jetzigen Zeitpunkt die Bauern gegen den Willen von drei Viertel des Reichstages, gegen die Politik der Parteien führen will, die im wesentlichen die Arbeit und das Risiko der kommenden Handelsverträge tragen müssen, der teilt eine verhängnisvolle, kurzfristige Aufgabe mit. Daran mögen die Führer der Bauern denken und sich der Verantwortung ihres Tuns bewusst sein.

Die Geister, die sie riesen, werden sie nicht mehr los. Es ist die Bauernfänger betriebe; dann werden die Versprechungen nicht eingehalten, weil man doch Zentrumsarbeiter nicht mit Gewalt der Sozialdemokratie zutreiben kann. Auf die Dauer aber läßt sich die auf Verlogenheit nach allen Seiten gegründete Zentrumshegemonie sicher nicht aufrecht erhalten.

Die umgemodelten Junker.

In jeder Stunde redet der "Reichsbote" seinen konservativen Freunden noch einmal gut zu, sich auf den Boden des Besitzener-Kompromisses zu stellen. Die Vermögenswachstumsverhältnisse sind zwar auch das Rindeserbe ein, aber ganz abgesehen von der prinzipiellen Verkehrtheit des Standpunkts, den die konservative Fraktion zur Erbschaftsteuerannahme, komme doch in Betracht, daß die Erbschaftsteuer in der Vermögenswachstumssteuer eine erhebliche Milderung und Einschränkung im Vergleich mit dem Erbschaftsteuermißbrauch von 1909 bedeute. Das Blatt zählt dann diese Vorzüge des vorliegenden Entwurfes auf und zitiert schließlich Blomberg, der einmal gesagt habe, konsequent sein in der Politik werde häufig zum Fehler, zum Eigensinn und zur Selbstwilligkeit. Man müsse sich nach der Lage der Dinge, nach den Möglichkeiten ummöglichen, mit den Verhältnissen rechnen, seinem Vaterlande nach den Umständen dienen, nicht nach seinen Meinungen, die oft Vorurteile wären.

Dieser begeisterte Aufruf zur Inkonsistenz und zur Preisgabe von früher laut verkündeten Grundsätzen war eigentlich überflüssig; denn unter dem Druck der Verhältnisse, die ihnen eine Ablehnung der zur Deckung der militärischen Kosten eingeforderten Steuern bedenklich erscheinen lassen, sind die Konservativen in ihrer Mehrheit zweifellos zur Uebergabe entschlossen. Die "Deutsche Tageszeitung" donnert zwar noch einmal gegen den Entwurf, dessen Vorzüge gegenüber der Bill von 1909 sie keineswegs anerkennen will, aber es ist doch nur eine Maßgebungsanrede. Sie schließt sich, mit klaren Worten die Ablehnung zu fordern. Sie meint nur, man könne es den Konservativen nicht übel nehmen, wenn sie dem Gesetz scharfen Widerstand entgegenzusetzen haben, und das heißt doch, daß sie jetzt mit ihrer Kraft und mit ihrem Willen zu Ende sind. Nur noch einen Rastandrat stößt die "Deutsche Tageszeitung" aus:

Sollte der Entwurf Gesetz werden, so werden wir in den nächsten Jahren oft Gelegenheit haben, hervorzuheben und zu beweisen, wie bedenklich, wie gefährlich das Gesetz und seine einzelnen Bestimmungen sind. Wir beneiden die Väter dieses Kindes um ihre Vaterlichkeit nicht.

Ob mit den nachträglichen Hinweisen viel Eindruck zu machen ist, wenn die Konservativen bei dem Kind der nicht beneideten Väter mit in die Reihe der Väter treten, ist allerdings einigermaßen zweifelhaft.

Ist es nur das Kino?

Im Familienrat der "Deutschen Tageszeitung" verbreitet sich ein Professor Brunner an der Hand von Mitteilungen einer Kinderhort-Vorleiterin über die Gefahren des Kinos. Die Dame hält nicht nur die "Sittenstüde" und ähnliches für bedenklich, sondern auch die polizeilich approbierten patriotischen Vorführungen:

Einige der Kinder hätten Körners Lob im Kino gesehen. Doch weiß ein einwandfreies Stück. In den folgenden Tagen fiel bald hier, bald dort auf dem Spielplatz vor dem Hof ein Kind hin, ein zweites hielt es auf, und ein anderes stieß mit einem Stock auf den hingestunkenen Knaben. Auf unsere sehr erstaunten Fragen, was dieses Benehmen zu bedeuten habe, riefen sie wichtigend: "Wir spielen Körners Lob." Und das können Sie mir glauben, der E. kann draußen noch viel besser wie hier, da hat er ein altes

Taschennmesser — aber das klappert dann zu, wenn er hinflößt.

Das waren die Worte der Kinder. So war das Verständnis für die geschichtlichen Tatsachen! Nur das Senfationelle lockte sie.

Wohl den Kindern, die von Erwachsenen zur rechten Zeit geschäftet werden, die Instände sind, ihnen die hebelmühtigen Taten der Kämpfer jener Zeit begeisternd vor die Seele zu stellen.

Die Frage ist wohl erlaubt, ob tatsächlich nur das Kino die Gefahren in sich birgt. Unsere ganze amtliche und von amtlicher Seite unterstützte Jugendberziehung ist doch darauf angelegt, in Wort, Schrift und Bild den Krieg mit all seinen Morden und Blutergüssen zu verherrlichen und sozusagen als die schönste und stärkste Auswirkung des Menschentums hinzustellen. Solange das geschieht, ist wenig damit erreicht, daß man die Kinder von den Senfationen des Kinos fernhält.

Nationale Krankenkassentagung.

Der auf nationalem Boden stehende Gesamtverband deutscher Krankenkassen hielt am Montag und Dienstag in Essen unter Vorsitz der Herren Franz Behrens und Architekt Roth seinen ersten "Kongress" ab. Reichsminister, Staatssekretär des Innern, Reichsversicherungsamt, Minister für Handel und Gewerbe, Regierungspräsident und eine Reihe anderer Behörden hatten Vertreter entsandt. Der Zweck des Kongresses war offenbar, Propaganda für den Verband zu machen, der nach dem Eingeständnis des vom Zentrum abgeordneten Weder redigierten Verbandsorgans Ende vorigen Jahres unter Mitwirkung aller bürgerlichen Parteien gegründet worden ist, um dem unter sozialdemokratischer Leitung stehenden Verband deutscher Ortskrankenkassen das Wasser abzugraben. Zum Punkt Geschäftsbericht wählte Herr Behrens nichts anderes zu sagen, als daß dem Verbande bereits 180 bis 200 Kassen mit etwa 500.000 Mitgliedern angeschlossen seien, und daß 800 Briefe und Postkarten, sowie circa 1000 Drucksachen ausgegangen seien. Nicht nur im Westen, sondern auch in Ost- und Norddeutschland, im Grenz- und deutschen Böhmenlande, und besonders auch in Süddeutschland (Württemberg und Baden) habe der Verband Wurzel gefaßt. Der Verband sei notwendig geworden, weil die Interessen der Versicherten "von anderer Stelle" nicht mit dem wünschenswerten Erfolge gegenüber den maßgebenden Stellen vertreten werden können. Das habe sich besonders bei Beratung der Reichs-Versicherungsordnung gezeigt. Der neue Verband stehe auf nationalem Boden, werde sich aber vor der Abhängigkeit von politischen Parteien zu hüten müssen.

Eine Prüfung von Mandaten wurde nicht vorgenommen. Es erfolgte auch keinerlei Angaben über die Zahl der Delegierten und der vertretenen Parteien. Das beweist am besten, daß man Grund hatte, sich darüber auszuschweigen. Dem Anschein nach waren es meist kleine Kassen, die zu einem großen Teile der Auflösung geweiht sind.

Was in den Referaten behandelt wurde — Justizrat Feld (Mainz) sprach über das Verhältnis der Krankenkassen zu den Vereinen, Zentrumsgewerkschafter Weder über das Verhältnis zu den Angestellten — deutet sich im wesentlichen durchaus mit dem, was der verlässliche "sozialdemokratische Ortskrankenkassenverband" längst vertreten hat. Stadtrat v. Frankenberg (Braunschweig) sprach über das Streitverfahren nach dem neuen Rechte.

Die Arbeiten des Kongresses wurden insgesamt in fünf Stunden erledigt. Abgeordneter Weder aber rechtfertigte den höheren Verbandsbeitrag gegenüber dem Beitrag des "sozialdemokratischen" Verbandes mit der "größeren Tätigkeit".

Die babilonischen Konservativen wenden die korrumpierenden Mittel an, um den Linksparteien bei den bevorstehenden Landtagswahlen einige Mandate abzunehmen. Da ihr politischer Einfluß in Baden so schwach ist, daß sie schon seit 8 Jahren nur drei Sitze in der zweiten Kammer innehaben, stellen sie jetzt als ihre Kandidaten ehemalige Liberale auf, um mit Hilfe des Zentrums, das ihnen bei solchen Kabinettstücken politischer Vereinerlei in jedem Falle die Unterstützungsgänge leiht, den erstrebten Zweck zu erreichen. Sie verlangen von ihnen nur, daß sie Großblodgegner sind.

Im Wahlkreis Fahr-Land, den jetzt der Demokrat Hirt vertritt, haben sie vor einigen Tagen den Bürgermeister Flichner aus Meisenheim als Kandidaten des schwarzblauen Blocks nominiert, einen Mann, der eingeschriebenes Mitglied der demokratischen Partei war und noch vor vier Jahren bei der Auffstellung des verstorbenen Führers der babilonischen Demokraten, des Abg. Deimburger, mitgewirkt hatte. Als im vorigen Jahre Deimburger starb und Flichners Mandatschmerzen bei der Auffstellung von Deimburgers Nachfolger nicht gemindert wurden, hat er nunmehr entdeckt, daß er auch für die Konservativen kandidieren könne, wenn es nur zum Mandat langt. Natürlich ist aus dem Blockanhänger über Nacht ein Blockgegner geworden.

Und auf diese Blockgegnerschaft einer Anzahl Nationalliberaler spekulieren die Konservativen und beabsichtigen, das Mandat von Fahr-Land noch in drei weiteren Wahlkreisen, in denen sie mit den Stimmen des Zentrums stark an den liberalen oder sozialdemokratischen Gegner heranrücken, zu unternehmen. Das gibt einen Vorgeschmack, welche verzweifelte Anstrengungen bei den diesmaligen Landtagswahlen der schwarzblaue Block macht.

Neue Wünsche der Agrarier. Am Dienstag waren in Wiesbaden die preussischen Landwirtschaftskammern versammelt. Dem Bericht über diese Tagung entnehmen wir u. a.: Der von Kammerherren Freiherrn v. M. a. h. r. e. n. h. o. l. t. erstattete Bericht über die Tätigkeit der Kommission für das Arbeiterwesen führte zur Annahme von Grundrissen über das Zusammenarbeiten mit den Arbeitnachsweisverbänden sowie zu einer erneuten Bitte an die Staatsregierung um Bereitstellung reichlicher Mittel im Interesse der Bekämpfung der Landflucht der Landarbeiter. Die Errichtung von Betriebskassen für die Landarbeiter wurde für die Landwirtschaft als im allgemeinen wenig zweckmäßig erachtet; Berichterstatter zu diesem Punkt war Landrat a. D. v. Klitzing-Nieder-Jauche. — Am liebsten möchten wohl die Herren Agrarier und Junker die Selbstensschaft und Pöbelkeit der Landleute wieder einführen.

Unrichtig. Die auch von uns übernommene Meldung eines Telegrammbüros, daß der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Neumann-Döfer sein Mandat niederlegt habe, ist insofern nicht richtig, als es sich nur um das Landtags- und nicht um das Reichstagsmandat des Herrn Dr. Neumann-Döfer handelt.

Der Schuhmann als Spion. Vom Reichsgericht wurde am Donnerstag der ehemalige Wilhelmshavener Schuhmann Peter Jaenicke wegen Spionage zu sechs Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Er hat mit dem früheren Schuhmann Claus und mit dem früheren Signalmaat Ehlers Teile des Signalbuch der deutschen Marine an England verkauft. Mit der in Würzburg wegen Diebstahls erhaltenen Zuchthausstrafe von 8 1/2 Jahren erhielt er eine Gesamtstrafe von neun Jahren Zuchthaus.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Die Fraktion wählte in ihrer Sitzung am Mittwoch an Stelle des verstorbenen Genossen Raden den Genossen Lebebour in den Fraktionsvorstand.

Wieder ein „glaubensfeindlicher“ Pastor. Der Hauptpastor Andersen in Flensburg hat vom Kieler Konsistorium eine Verwarnung erhalten wegen einseitiger Veröffentlichungen in der Flensburger "Nordb. Ztg." unter dem Titel "Sonntagsgebanten", in denen er namentlich seine Anschauungen über die Person Jesu zum Ausdruck brachte. Gegen diese Äußerung wendet sich jetzt Pastor Andersen in einem offenen Briefe an das Konsistorium in Kiel.

Wird ihm nicht helfen. Eher werden ihn die Rechtsakademien von der Kanzel stoßen, wenn er sich nicht ganz selbst verhält.

Die Frage der Gebührenerhöhung für Rechtsanwältinnen wird nach einer Berliner Meldung die Reichsregierung voraussichtlich im Laufe des nächsten Winters wieder beschäftigen, nachdem die Ergebnisse der statistischen Erhebungen über das Berufseinkommen der Rechtsanwältinnen einer eingehenden Prüfung unterzogen sein werden.

Die Fortbildungspflicht auf dem Lande. Das Gesetz, betreffend die Verpflichtung zum Besuch ländlicher Fortbildungsschulen, wird in der "Belegsammlung" veröffentlicht.

Zur Welfenfrage. Eine scheinbar offiziell inspektierte Korrespondenzmeldung besagt: "Unschlüssig der Veröffentlichung des Schreibens des Prinzen Ernst August von Braunschweig-Lüneburg stehen die Berliner leitenden Kreise, wie verlautet, auf dem Standpunkte, daß für sie nur die vom Prinzen selbst mit Zustimmung seines Vaters gegebenen Erklärungen maßgebend seien, und daß diese Erklärungen eine genügende Unterlage für eine endgültige Regelung der braunschweigischen Thronfolge durch den Bundesrat geschaffen hätten. Eine Formulierung für einen entsprechenden Antrag Preußens soll bereits gefunden und die Einbringung dieses Antrages beim Bundesrat in absehbarer Zeit zu erwarten sein."

Wachener Spitzelwirtschaft. Der Kriminalkommissar gegen den der früher polnische Reichstagsabgeordnete Drexler Strafanzeige wegen Anstiftung von Angefallenen zum Diebstahl erstattet hat, erlitt dieser Tage in einem Prozeß gegen ein Mitglied des Arbeiter-Turnvereins Bochum eine schwere Niederlage. Er hatte am 29. September vorigen Jahres eine Rekursentscheidung überworfen lassen und wegen einer angeblichen Wendung in der Festanfrage Strafanzeige wegen Aufforderung von Rekruten zum Ungehorsam erstattet. Der Prozeß endete mit Freisprechung, weil alle Zeugen bezeugen mußten, daß der Redner den Rekruten nicht empfohlen habe, sie sollten sich widersetzen, wenn ein Befehl gegen ihre Ehre verstoße, sondern sie sollten den Befehl zwar ausführen, um einer Bestrafung zu entgehen, sich aber dann sofort beschweren. Die Bochumer Spitzelwirtschaft treibt immer düstere Blüten.

In schlimmen Händen.

Roman von Erich Schallier.

1071 (Nachdruck verboten.)
In Dagmars Augen blühte die Sengung. Der Pastor hatte er gemacht.
"Sagte er nichts von mir?"
"Nicht so viel!" Frau Engelbrecht stieß mit einer befehligen Gestik über die Handfläche.
Dagmar schüttelte den Kopf, sie war maßlos erkannt.
"Sagte er gar nichts von mir?"
"Nicht ein Wort! Du kannst dich darauf verlassen."
Dagmar lächelte. Sie stand beständig in ihren Augen, daß sie das nicht begreifen konnte. In den weißen Mundwinkeln küßelte sie der Triumph.
"Er sagte vom Himmeln etwas." Es klang geheimnisvoll.
"Was war es in die Sengung, meine Frau."
"Es war etwas Besondere."
Dagmar war gespannt.
"Er sagte dich er geküßelt habe."
"Küßelt!" Marie ließ einen langen Blick fallen.
"Mit wem mag er es geküßelt haben?" fragte sie interessiert.
"Es war in früheren Tagen gewesen, jetzt ist es verfallen." Frau Engelbrecht war ganz geschäftig.
"Er hat immer ein Bild", sagte Marie fest.
"Er hat, verdammt mich, mit der alten Sine seine Heinen geküßelt."
"Du bist den Mund halten", lächelte Dagmar. Marie schüttelte mit ihrem Kopfe den Kopf der Erzählung.
"Was er immer erzählte, mit wem er es bezeugen sollte?"
"Nur. Es ist aber nicht in Deiner Ehre gewesen. Er sei nicht zu einem anderen. Das sollte er ausdrücklich sagen."
Dagmar lächelte leicht, sie war zufrieden.
"Lade auf, alle gut", lächelte Marie ab. "Nun lesen Sie das."
"Es sollte man nicht machen. Frau Engelbrecht ist aus der Welt. Sie sollte es nicht machen, das Tagesbuch ist ein Buch von der Sengung in Kiel."

Es ging dort unten vorzüglich. Corsten trank etwas viel. Aber das war schließlich kein Fehler.

Frau Engelbrecht wurde gerührt. Sie faltete dankerfüllt die Hände in ihrem Schoß.

Sie wollte etwas von dem Rose einer alleinlebenden Mutter sagen, die unberührte Köhler hat. Marie aber zeigte ihr solches Grinsen.

"Man kann Gott nicht genug danken", sagte sie darinnen mit; aber das sagte sie mit großer Ergriffenheit. Der bürgerliche Glanz dieses ersten Feiertages hatte sie gepackt. Sie war dabei ein wenig bigot geworden, die gute Frau Engelbrecht.

Agel und Septimus führten in schlafenden Trabe in die wunderliche Verdingung hinein. Die Fahrt begann langweilig zu werden, der Weg ging bergan. Agel brüllte in ständiger Unruhe auf den Himmel, es war das Signal zum Schmelzen. Draußen knallte die Peitsche, die Pferde zogen wieder an. Agel warf sich in die Polster zurück. Es ging ein verhaltenes Schließen durch seine Brust.

Sie waren oben angekommen. Das Hügelplateau war nach allen Seiten frei. In der Ferne lag die alte See. Es sollte mit schweren Wagen in die Nacht hinein. Hier oben hätte man sich, wie hat der Wind ging.

Die Stadt sah sie nicht; es war ein Hügel vorgeschoben. Es würde aber beständig, daß sie in der Ferne das weiße Meer sahen.

Agel schaute den Wagen zurück; er mochte auf der ebenen Straße warten.

Sie gingen schweigend auf und ab. Sie sahen sich nach allen Seiten um. Sie machten sich glücklich mit dem Ort vertraut. Agel ließ seinen Blick über das Gelände schweifen über das weiße Meer hinaus. Draußen war alles so frei und leicht. Bogenförmig und ein unendlicher Himmel.

Dann die große Gestalt ging ein jedes Prozeß. Der letzte Wind mochte davon teilhaben. Aber die Rippen zitterten.
"Du sprichst vom Gefühlen, Septimus. Er sollte zu flach. Ich kann dir nicht helfen, die über das Gefühle hinaus führen. In der Nacht hat er so unruhig nicht."
Septimus schüttelte.
"Ich habe mir das mit dem Hügel und schon überlegt. Der Hügel ist antiquar, aber die Prozedur sollte zu machen. Sie so begierig Mann ist auf Berggipfeln verdammt kein Schwert legen."

Die Brust ging schwer; Septimus stand schweigend neben ihm.

Der Blick verlor sich draußen im Meere; im Gesicht wurde und riß der Schmerz. Es ging ein Aufsteigen durch seine Seele, der so unendlich weit tat. Der starke Mann trat in den ersten Schauern des kalten Todes.

Er ließ den kalten Schauern ihren Willen. Es tat so wohl, daß er sich vor dem Freunde nicht zu verbergen brauchte. Es war gut, einmal ganz unglücklich sein zu dürfen.

Dann nahm er die Herrschaft wieder an sich. Es war ein träumerischer Schmerz in seiner Stimme. Die Welt war so weit und so schön.

"Nun ich mich erheben, Septimus?"
"Nein Agel!" Die treuen Augen suchten sein Gesicht; es sah aber unermüdet auf das Meer hinaus. Es war, als habe er da draußen irgendwo eine Heimat.

"Ich kann es nicht so gelidlich sagen, wie mein theologischer Freund. Es ist aber etwas Wahres daran. Man soll sich nicht an den Sargbüchlein setzen, wenn man nicht zum Hellen entschlossen ist. Ich habe das im Kaffee nie geliebt."

"Du hast Deine Fehler, aber Du hast auch Deine große Kraft. Du zahlst es reichlich."
"Und... Lorenz Krummen?"
"Das eifige Fischen kam wieder."
"Sei ihm die Erde leicht!"
"Agel schüttelte den Kopf. Die Zähne knappten leicht."
"Dann ist nichts getan."
"Wäre es besser gewesen, daß der große Mann gleich gekommen wäre?"

"Es ändert nicht, daß ich an dieser Schuld teilhaftig bin. Es muß eine dunkle Schuld sein, wenn ich einen so zweifelhaften Begleiter erhalten konnte."

"Offen hat recht behalten. Es war Dagmar Engelbrecht aus der Fischerstraße."
"Weiß Gott, das war es! Aber darum ist Lorenz Krummen eben so unerschütterlich geblieben. Es ist dieses Grab, mit dem ich mich unterhalten muß."
"Durf ich bei Dir bleiben?"
"Es ist kein Gegenstand."

Der Meinelager Sandtag wird am 20. Juni zu einer wahrscheinlich nur kurzen Tagung zusammenzutreten. Als hauptsächlichste Vorlagen werden ihm die Bewilligung von 60.000 Mk. zum Wiederaufbau Weidhausen-Meufstadt bei Koburg zugehen, auch soll dem erst kürzlich beschlossenen Vermögenssteuergesetz eine bestimmtere Fassung gegeben werden.

Entschädigung der Schöffen und Geschworenen. Eine Korrespondenz meldet: „Im Bundesrat werden gegenwärtig die Antragsbestimmungen zum Gesetz betreffend die Entschädigung der Schöffen und Geschworenen beraten. Es ist bekanntlich davon abgesehen, die Höhe der Entschädigungen durch das Gesetz selbst festzulegen, weil dabei nicht nur Tagesgelder, sondern auch Entschädigungen für Ueberrachten und die bisher durch die Landesgesetzgebung geregelten Reisekosten in Betracht kommen. Es sind somit sehr ins Einzelne gehende Vorschriften erforderlich, weshalb die Bestimmung ihrer Höhe dem Bundesrat überlassen ist. Seine Verordnung dürfte schon sehr bald veröffentlicht werden.“

Ein nicht beständiger Schultheißen-Zustand. Der in Wildenspring (Schwarzburg-Rudolstadt) zum zweiten Male als Vizebürgermeister gewählte Genosse Klett ist auch diesmal vom Landrat in Rücksicht auf seine Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei nicht bestätigt worden. Das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinde Wildenspring soll nun von der Behörde dadurch autorisiert gemacht werden, daß letztere einen ihr genehmigten Vizebürgermeister einsetzt.

Der Universitätsprofessor von Pappes Gnaden. Als Nachfolger von Professor Baumler ist, wie die „Zgl. Woch.“ erzählt, nunmehr als Ordinarius für Psychologie Prof. Dr. Arthur Schneider von der Universität Freiburg i. Br. nach Straßburg berufen worden. Professor Schneider ist, wie der „Wächter“ zu melden weiß, überzeugungstreuer Katholik. Mit seiner Berufung wurde dem Geheimvertrag mit der Kurie vollst. Rechnung getragen.

Die Wissenschaft ist trotzdem „frei“!

Der Kampf um Stabens Reichstagsmandat beginnt. Nach der Mitteilung der „Zgl. Woch.“ werden im vierten sächsischen Reichstagswahlkreise die Reformen mit den Konservativen voraussichtlich wieder zusammengehen und mit Unterstützung der deutsch-sozialen Partei einen gemeinsamen Kandidaten in dem durch Stabens Tod verwaisten Reichstagswahlkreise Dresden-Meufstadt aufstellen. Von der Fortschrittlichen Volkspartei wurde Rechtsanwalt Friedrich Köpcke wiederum als Kandidat aufgestellt, der 1912 auch die Unterstützung der Nationalliberalen fand.

1912 wurden, wie wir nochmals mitteilen wollen, 81.640 sozialdemokratische, 13.893 antisemitische, 7889 fortschrittliche und 819 Zentrumstimmen abgegeben.

Ausland.

Das Landprogramm der englischen Arbeiterpartei.

Alle politischen Parteien Englands beschäftigen sich zurzeit eingehend mit der Agrarfrage, die durch die politische Entwicklung des Landes immer mehr in den Mittelpunkt der Politik getreten ist. Die Liberalen drängen das politische Erwachen des städtischen Proletariats aufs Land, wo sie um die Gunst der Pächter und Landarbeiter buhlen. Die Konservativen suchen sich naturgemäß zu verteidigen und machen der Landbevölkerung Versprechungen. Die Arbeiterpartei ihrerseits will das zurückgebliebene ländliche Proletariat organisieren und heben und versucht vor allen Dingen, die Landarbeiter zuerst auf einen Kulturstand zu bringen, auf dem sie der Organisation fähig sind. Dazu kommt, daß die ersiehende große Landwanderung, namentlich vom Lande, allgemeine Beschränkungen hervorgerufen hat, so daß sich heute eine außergewöhnlich große Zahl Leute mit dem Problem beschäftigt, wie dieser Menschenverlust (im Jahre 1911 irradieren aus Großbritannien über 261.000 Menschen aus!) verhindert werden könnte.

Die Arbeiterpartei setzte vor einiger Zeit ein Komitee ein, das ein Agrarprogramm entwerfen sollte. Dieses Komitee hat nunmehr einen vorläufigen Bericht erstattet. Es werden verschiedene Palliativmittel vorgeschlagen. So die Einführung eines Mindestlohnes für Landarbeiter auf dem Wege der Lohnämter, wie sie von dem Gesetze des Jahres 1907 errichtet wurden. Man hofft, daß wenigstens die jüngere Generation hierdurch der Organisation gewonnen werden wird. Die Arbeiterpartei soll ein Mindestlohngesetz für Landarbeiter im Parlament einbringen, das auch Bestimmungen über die Arbeitszeit enthalten muß. Die Arbeitszeit soll nicht mehr als 50 Stunden die Woche betragen, und zwar soll an 5 Tagen 9 Stunden und an einem Tage nur 5 Stunden gearbeitet werden; der Landarbeiter soll demnach wie der englische Industriearbeiter einen halben freien Tag in der Woche haben. Um den Pächtern zu ermöglichen, bessere Löhne zu zahlen, sollen Verträge zur Festsetzung gerechter Forderungen eingeführt werden, die sich schon in Schottland ziemlich gut bewährt haben sollen. Der Gebau entwirft wohl unmittelbar den jüngsten Entwicklungen in der Gesetzgebung. In diesem Jahre hat das Parlament zum Beispiel den Eisenbahngesetzgebungen erlaubt, ihre Tarife zu erhöhen, weil sie die Arbeitsverhältnisse ihrer Angestellten auf Wunsch des Parlaments verbessert haben. Weshalb sollte die Gesetzgebung deshalb nicht eingreifen, um die Forderungen herabzusetzen, damit die Pächter den Arbeitern bessere Löhne zahlen können? Der Wohnungsnot auf dem Lande soll vorübergehend auf staatlichem Wege abgeholfen werden; der Staat soll Gemeinden Zuschüsse gewähren, damit diese Arbeiterwohnungen bauen. Das Gesetz des Jahres 1907 über die Schaffung von kleinen Pachtgütern, die im Besitze der Gemeinden verbleiben, soll ausgedehnt und seine Anwendung erleichtert werden. Ferner müssen ländliche Kreditanstalten errichtet und das Genossenschaftswesen muß vom Ackerministerium gefördert werden.

Der Bericht schließt mit den Worten: „Diese Vorschläge sollen keine vollständige Lösung der agrarischen Probleme sein. Sie sollen praktische Vorschläge sein, die sofort angewendet werden können. Man gebe dem Landarbeiter einen Lohn, von dem er leben kann, ein gutes Haus und eine leichte Gelegenheit, eine Parzelle zu erlangen und zu bebauen, und man wird, wie wir glauben, wesentlich dazu beigetragen haben, der Abwanderung in die Städte und ins Ausland Einhalt zu gebieten. Dadurch wird der Kampf um Arbeit in den Städten erleichtert werden, und die Auswanderungsziffern, die jetzt eine erschreckende Größe erreichen, werden verringert werden. Die Ausführung dieser einzelnen Vorschläge würde nach unserer Ansicht bei der ländlichen Bevölkerung neue Hoffnung erwecken und ihr die Aussicht auf Sicherheit und Besserung ihrer Lage geben, was viel zu jener ländlichen Ueberbevölkerung beitragen würde, die so allgemein als wesentlich für die Besserstellung der nationalen Arbeit und den vollen Lebensgenuss der Nation betrachtet wird.“

Ausweisung des italienischen Vertreters v. Grupp und Stoba.

Aus Paris wird berichtet: „Man erzählt sich jetzt, daß die französische Regierung vor einiger Zeit den italienischen Mitgliedern der italienischen Kammer in Paris, Auguste Mario Cresta, ausgewiesen hat. Die Gründe dieser Ausweisung hängen mit der Rolle zusammen, die Herr Cresta während des italienisch-italischen Krieges gespielt hat. Cresta war lange Zeit Vertreter großer Waffenfabriken (Drupa, Stoba, Mittengesellschaft Siera) und einer Vereinigung deutscher Sprengstofffabriken. Er machte Gesandtschaft in großem Umfang und verbiente dabei Millionen. Seine italienische Nationalität hielt ihn nicht ab, der

französischen Regierung während des Belagerung in Tripolis Geschäfte zu verkaufen. Die Zahlung des Kaufpreises mußte bei der Veräußerung der Geschäfte, die von einem nordwestlichen Hafen aus stattfand, erfolgen. Sie wurde auch prompt geleistet. Die italienische Regierung erhielt aber genaue Nachrichten über die Schiffe, an deren Bord die für die Belagerung bestimmten Geschäfte sich befanden, und konnte diese Kriegskontingente mit leichter Mühe mit Beschlag belegen. Es war Cresta selbst, der sein Vaterland auf der einen Seite durch die Waffenlieferungen verriet, und auf der anderen Seite durch einen zweiten Verrat rettete. Aber der geniale Geschäftsmann wollte sich nicht dem so erzielten Gewinn nicht begnügen. Er beanspruchte auch seinen Anteil an den — Preisgeldern und verlegte die italienische Regierung, auf Zahlung namhafter Summen. Der Prozeß ist noch nicht entschieden. Cresta soll es auch gewagt sein, der der italienischen Regierung die Nachricht vom Vorhandensein angeblich italienischer Offiziere — in Tripolis waren es Verstecke — an Bord des französischen Postdampfers „Manouba“ und vom Vorhandensein eines Arabians an Bord des französischen Dampfers „Chartage“ zuzukommen ließ. Die Italiener griffen beide Schiffe auf, was zu den bekannten Zwischenfällen führte, durch die die Beziehungen zwischen Frankreich und Italien für eine gewisse Zeit gestört wurden. Man glaubt auch, daß Cresta an den Verhandlungen beteiligt gewesen ist, durch die das von dem französischen Obersten Deport für die Mittengesellschaft Chatillon-Commeny konstruierte Feldgeschütz an Italien verkauft wurde. Nachdem die französische Regierung der italienischen Handelskammer offiziell Mitteilung von Crestas Umtrieben gemacht hatte, sah sich dieser gezwungen, sein Amt als Präsident dieser Körperschaft niederzulegen. Er strengte übrigens gegen den Sekretär der italienischen Handelskammer in Paris, Kubink, einen Verleumdungsprozeß an, wurde aber abgewiesen.

Mit einem Worte: ein wahrer Vertreter der Rüstungsindustrie.

Eine Revoluzzerreise im portugiesischen Senat. Am Mittwoch kam es im portugiesischen Senat zu einem heftigen Wortwechsel zwischen den Senatoren Costa und Freitas. Schließlich stürzte sich Costa auf Freitas, der einen Revolver zog und auf Costa schießen wollte. Die Senatoren entwaffneten Freitas. Die Sitzung wurde für kurze Zeit unterbrochen.

Albanische Freiwillige für Serbien. Die Serben haben, wie hier verlautet, eine große Anzahl albanischer Freiwilliger für den Fall eines Krieges mit Bulgarien angeworben. Mehrere Tausende dieser Freiwilligen sind bereits in Beroffowitz konzentriert, um eingekleidet zu werden. — Die Griechen nahmen eine Anzahl weiterer Befragungen von verdächtigen Bulgaren vor.

Landesversammlung der sächsischen Sozialdemokratie.

Plauen, 22. Juni 1913.

Im Gewerkschaftshaus, dem eigenen Heim der Arbeiter Plauens, wurde am Sonntag nachmittag der Parteitag der sächsischen Sozialdemokratie eröffnet. Der Vorsitzende des Lokalkomitees, Genosse Schürch, begrüßte die Delegierten und hob hervor, daß sich in den letzten Jahren die Organisation der Partei im Plauener Kreise außerordentlich gehoben habe, trotz oder vielleicht gerade wegen der heftigen Bekämpfung durch die bürgerlichen Parteien. Alle bürgerlichen Parteien, von den Freimaurern bis zu den Konservativen, bildeten in Plauen eine reaktionäre Masse.

Zum Vorsitzenden wählte die Landesversammlung die Genossen Lipinski-Plauen und Schürch-Plauen.

Für den Landesvorstand gibt Genosse Sindermann den Bericht über die Parteilätigkeit im letzten Geschäftsjahr. Der Redner bedauert dabei die Kleinlichkeit Polemik, die zeitweise in der Parteipresse Sachjense herborreite, und die oft sehr persönlich werde und in Beschäftigten ausarte. Zum Schluß gebend der Redner der versammelten Genossen, wobei er insbesondere des Genossen August Staben gedenkt, der nicht nur lange Jahre sächsischer Reichstagsabgeordneter war, sondern auch viele Parteitage Sachjense geleitet hat. Die Landesversammlung beschloß einstimmig, der Familie Staben die herzlichste Teilnahme auszusprechen.

Den Massenbericht gibt Genosse Braune, der dabei auch auf die Organisation, insbesondere auf die Mitgliederbewegung eingeht. In den letzten neun Monaten ist die Zahl der Mitglieder von 143.325 auf 157.913 gestiegen, darunter befinden sich 21.168 Frauen, deren Zahl um 3126 gestiegen ist. Die kürzliche Mitgliederzahl hat der 13. Wahlkreis Leipzig-Land, nämlich 33.941. Keiner der 23 Wahlkreise weist eine Mitgliederzahl unter 1500 auf.

In allen Kreisen ist ein gut funktionierendes Einkassiersystem in Anwendung. Dies hatte den Erfolg, daß in den neun Monaten bedeutend mehr an Mitgliederbeiträgen vereinnahmt wurden, als im vollen Geschäftsjahr 1911/12. Die Gesamtvereinnahme betrug 722.399,98 Mark. Davon entfallen auf Mitgliederbeiträge 521.019,10 Mark. Hieran erbringt der Parteivorstand 110.637,05 Mk. und die vier Bezirksvorstände 50.998,59 Mark. Für Gemeinderatswahlen wurden 23.109,46 Mark und für allgemeine Agitation 169.827 Mark verausgabt.

Die Zunahme der Abonnenten der Parteipresse war nur eine minimale, sie betrug 4480. Die gesamte Parteipresse Sachjense hat 219.364 Abonnenten. Gut abgeschnitten hat die Partei bei den Stadtwahlen- und Gemeinderatswahlen; sie brachte in diesem Jahre einen Gewinn von 952 Mandaten. Die Partei zählt gegenwärtig in 82 Städten 905 Stadtoberordnete und in 859 Landgemeinden 2064 Gemeinderatsmitglieder, außerdem zwei Stadträte und vier Gemeindebeiräte.

Die Montagssitzung beginnt mit einer Begrüßungsansprache des Genossen Mollenhuth, der den Parteivorstand vertritt. Genosse Mollenhuth begrüßt die sächsische Partei als die Avantgarde der Arbeiterbewegung und verbreitet sich dann über die politische Lage, die der Sozialdemokratie außerordentlich günstig ist. Zwar werde die Militärvorlage angenommen werden und es werde auch im nächsten Jahre eine Marinevorlage folgen, aber diese Politik treibe uns so rasch zur Bankrott, und die Sozialdemokratie werde dann der Konterrevolution der alten Gesellschaft sein.

Dann trat die Landesversammlung in die Diskussion des Geschäftsberichts und der dazu vorliegenden Anträge ein. Einige Anträge wollen organisatorische Änderungen insofern, daß Genossen zu den Bezirksvorständen und zum Landesvorstand zugezogen werden, andere verlangen die Anstellung von Beauftragten für Bildungszwecke durch die Landesorganisation und der Landesvorstand beauftragt, einen Landessekretär anzustellen. Die lebhafteste Diskussion nimmt fast die ganze Vormittagsitzung in Anspruch.

In der Nachmittagsitzung wurde der Antrag auf Anstellung von Beauftragten in den ländlichen Orten dem Landesvorstand zur Berücksichtigung überlassen. Mit großer Mehrheit wurde dann der Antrag angenommen, einen Landessekretär anzustellen. Alle übrigen Anträge wurden abgelehnt. Genosse Jungnickel berichtete dann, daß 93 Delegierte auf den Parteitag erschienen sind, darunter 19 weibliche Parteimitglieder. 18 Landtagsabgeordnete, zwei Reichstagsabgeordnete, ein Vertreter des Reichstages, fünf Mitglieder des Landesvorstandes und der Bezirkskomitees, insgesamt 136 Anwesende.

Den Bericht der Landtagsfraktion gab Genosse Hübner ab. Die Tätigkeit der Landtagsfraktion ist dem Bericht nach als in früheren Jahren, weil sich

blenden, die Konservativen und die Nationalliberalen, darum einzeln, an erster Stelle stehen zu können. In dem hochentwickeltesten Industriegebiete Sachsen werde eine starke agrarische Politik getrieben. Das habe sich deutlich gezeigt bei der Bolkspolitik, bei der Interpellation über die Teuerung, beim Jagdgesetz usw. Selten gab es eine Gelegenheit, wo die Nationalliberalen ihre Grundzüge nicht verfeinert haben, und die Konservativen trieben nämlich Nützlichkeitberechnungen im Interesse des Kapitals. Bei der Schulreform habe die Sozialdemokratie keine positiven Erfolge erzielen können, obwohl die bürgerlichen Parteien, ja selbst die Erste Kammer, anerkannt hätten, daß die von uns gestellten Anträge gerecht waren und geeignet gewesen seien, die Gemeinden zu entlasten. Das Bestreben der Reaktionäre war zweifellos, die Schule zu einem Machtmittel der herrschenden Klassen zu machen. Unserem Vorhaben ist es zu danken, daß der Wille der Reaktionäre, das Staatsrecht zu bejähren, nicht durchgekommen ist. Konserervative und Nationalliberalen sind sich einig, daß keine Ueberbrennung des Arbeiterschutzes stattfinden dürfe. Unser Bestreben ist es gewesen, für die Demokratisierung der gemeindlichen und staatlichen Einrichtungen zu sorgen, weil wir damit der Allgemeinheit dienen. Am Schluß seiner Ausführungen gibt Genosse Hübner auf den Vorwurf ein, der in letzter Zeit in der Presse erhoben wurde, daß es der Fraktion im Landtage an übertragenden Ämtern gefehlt habe. In praktischen Dingen werde man der Fraktion trotz des Fehlens dieser Ämter wenig Vorwürfe machen können. Der Kampf gegen die Privilegier in der Ersten Kammer sei viel notwendiger, als ein formales Nörgeln an den Männern der Regierung. Die Fraktion glaube, ihre Pflicht getan zu haben zum Wohle der Entbieten.

In der Diskussion bemerkte Genosse Geher, daß der Kritik der Tätigkeit der Landtagsfraktion sei vielfach von falschen Voraussetzungen ausgegangen. Genosse Hübner sprach über die Gemeindefürsorge. Er erklärte die Stellungnahme der Fraktion zu den einzelnen Gesetzen und besprach dabei ausführlich das Zwangssteuergesetz und die Beschwehrelabgaben, die die Regierung als indirekte Steuer erläßt. Die Fraktion glaube auch hier ihre Schuldigkeit getan zu haben. Die Debatte wurde hierauf abgebrochen.

Am Dienstag sprach zunächst Genosse Seeger Leipzig über die Gemeindefürsorgebewegung. Eine Resolution wurde einstimmig angenommen, in der ein energischer Kampf gegen die ungerechten Gemeindefürsorgeverhältnisse verlangt wird. Es wird dann über den Antrag auf Aufhebung des Verbots der Doppelmandaturen verhandelt. Nach kurzer Debatte wurde dieser Antrag gegen 12 Stimmen abgelehnt. Weiter wurde eine Resolution angenommen, in der im Prinzip die Errichtung einer eigenen Presse für den Plauener Reichstagswahlkreis zugestimmt, der Beschluß aber von der Zustimmung der Landes- und Bezirksvorstände abhängig gemacht wurde. Als Sitz des Landesvorstandes bes wurde Dresden wieder bestimmt und die alten Mitglieder des Vorstandes gegen wenige Stimmen wiedergewählt. Ein Antrag eines Leipziger Delegierten, der die Pressepolemik per se für einen Akt verurteilt, wurde wieder zurückgezogen, aber die Erwartung ausgesprochen, daß die Presse persönliche Polemiken unterläßt. Als Ort der nächsten Landesversammlung wurde Leipzig bestimmt. — Mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

Parteiangelegenheiten.

Verleumdungsprozesse. Wegen angeblicher Beleidigung eines bayerischen Wachtmeisters wurde von der Erfurter Strafkammer Genosse Behold als verantwortlicher Redakteur der „Tribüne“ in Erfurt zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, obwohl Genosse Behold am Tage des Erscheinens jenes Artikels, in der die Beleidigung gefunden worden war, garnicht in der Redaktion anwesend sein konnte, da er auswärts einen Gerichtstermin wahrnehmen mußte. Sein Name war nur auf Verleihen mit als „Verantwortlicher“ in der Druckform stehen geblieben.

Aus der Jugendbewegung.

Nationaler Jugendpflege-Valles. In Stehlich bei Dresden wurde auf dem Grund und Boden der Schulgemeinde ein Turnhallenbau errichtet, der dem Ausschuss für nationale Jugendpflege gehört. Vor dem Bau der Halle hatte man hochtönend versichert, daß der Gemeinde keine Kosten erwachsen sollten. Jetzt wendete sich aber der Jugendpflege-Ausschuss mit einer Zuschrift an den Gemeinderat, in der er um den Erlass der 81 Mark betragenden Grundwertsteuer befragte. Die Zuwendungen der Behörden gingen für die Zinsen reiflos auf und an Mitgliederbeiträgen kämen jährlich nur 110 Mark zusammen, so daß dem Ausschuss, wenn die Steuern bezahlt werden müßten, zur Ausübung seiner Tätigkeit so gut wie gar nichts übrig bliebe. Der Gemeinderat hatte denn auch ein Einsehen und bewilligte mit 8 gegen 6 Stimmen unserer Genossen jährlich 100 Mark als Jubiläumsgeld-Stiftung, da er die Grundwertsteuer der Konsequenzen wegen nicht gut erlassen konnte. — So werden für die nationale Jugendpflege, für die die Begüterten nichts übrig haben, als die billige „Begeisterung“, die Steuern verschleudert, die in dem arbeitervollen Orte ziemlich hoch sind und zum großen Teile von Sozialdemokraten aufgebracht werden.



Mein diesjähriger Grosser Sommer-Saison-Ausverkauf

beginnt Sonnabend, den 28. Juni. Die ungünstige Frühjahr- und Sommer-Saison zwingt mich, diesmal weit größere Warenposten zu räumen, und stelle ich folgedessen ein außergewöhnlich reichhaltiges Lager zum Verkauf. Um meine Lager möglichst vollständig zu räumen, habe ich fast sämtliche Waren ganz enorm, teilweise unter Selbstkostenpreis zurückgesetzt. Wenn Sie jetzt kaufen, sparen Sie viel Geld!

Kaufhaus A. Robowski : Gräbischerstraße 54

Filialen: Hohenzollernstraße 2, Gräbischerstraße 82a, Westendstraße 51, Leuthenstraße 51. 3793

Nur einige Beispiele:

Herrnschuhe	6 Paar	95 Pf.
	4 "	95 "
	3 "	95 "
	2 "	95 "
Frauenstrümpfe , braun u. schwarz, durchbrochen	4 Paar	95 Pf.
	2 "	95 "
	1 "	48 "
Strickfäße , schwarz und braun	1 Paar	18 Pf.
1 Posten Kinderstrümpfen , alle Größen, hell u. dunkel durchbrochen	Paar	25 "
1 Posten Kinderwesten mit und ohne Kermel alle Farben	Stück	95, 85, 75, 68 Pf.
1 Posten Knabenhöschen für Sommer, alle Farben	Paar	1.10, 95, 78 Pf.
1 Posten Kissenkissen	Stück	1.25, 95, 68 Pf.
1 Posten Knabenwaschblusen	Stück	1.25, 95, 68 Pf.
1 Posten Kinderstrümpfe , nahtlos, in schwarz, braun und weiß,	Größe	1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11
	Paar	18 22 26 30 34 38 42 46 48 48 48 Pf.

1 Posten Knabenwaschblusen	1.75, 1.25, 95 Pf.
1 Posten Knabenshirts , blau	95, 75, 68 Pf.
1 Posten Knabenschürzen , waschbar	Stück 95, 85, 68, 55 Pf.
1 Posten Knabenwaschschürzen	Stück 1.25, 95, 88 Pf.
1 Posten Mädchenschürzen	Stück 95, 48 Pf.
1 Posten Wachstuchdecken , abgewalkt	Stück 95 Pf.
1 Posten Taschentücher , weiß und bunt	1/2 Duzend 95 Pf.
1 Posten Handtücher	6 Stück 95 Pf.
	8 " 95 "
1 Posten lange Frauenhandschuhe , weiß durchbrochen	Paar 48, 38 Pf.

1 Posten Damenblusen , Größe 42 bis 48, elegant garniert	Stück 1.25, 95 Pf.
1 Posten Wachstuchdecken	95 Pf.
1 Posten Damen-Käfig-Blusen	95 Pf.
1 Posten Feinkleider	95 Pf.
1 Posten Blusen , prima Qualität	95 Pf.
1 Posten Damenhosen , weit geschnitten	95 Pf.
1 Posten weiße Blusen	95 Pf.
1 Posten bunte Kinderschürzen	95 Pf.
1 Posten bunte Herrenhosen , prima Qualität	Stück 1.28
1 Posten Herrenhosen	Paar 1.08, 95 Pf.
1 Posten Blusen , a. art. Muster	Stück 95 Pf.
1 Posten Sporthemden	2 Stück 95 Pf.
1 Posten Hosen , nur gute Qual.	Paar 65, 48, 38 Pf.
Herrenhemden u. Hosen in Maßen 1.75, 1.25, 95 Pf.	



Jahrhundertfeier der Freiheitskriege Breslau 1913

Tagesprogramm für Sonnabend, den 28. Juni:

Konzert: Im Pavillon am Wasserbecken: Stadttheaterkapelle (Debsak). Im Vergnügungspark: Kap. d. Feld-Art.-Regts. Nr. 6 (Raschka)

Historische Ausstellung

Gartenbau-Ausstellung

Ausstellung f. Friedhofskunst

Kolonial-Ausstellung

Rosengarten

Künstler-Bund Schlesien

Vergnügungspark.

Natur-Theater nachm. 4 1/2 Uhr: 83 Min. in Grünberg. Der Burmärer und die Fikards.

Abends 8 Uhr: Zum ersten Male: Die versunkene Glocke. Auf dem Sportplatz in Grünliche: nachmittags 4 Uhr: Turnvorbereitung der höheren Schulen Breslans.

Voranzeige! Sonntag, nachm. 5 Uhr, auf dem Sportplatz Grünliche: Internationales Fußball-Wettspiel.

Sommerkleidung

für Herren und Jünglinge

enorm billig

Lüstre-Saccos	2 ⁵⁰	3 ⁵⁰	5 ⁰⁰	u. s. w.
Lüstre-Anzüge	14 ⁵⁰	18 ⁰⁰	"	
Tennis-Anzüge	12 ⁰⁰	16 ⁰⁰	"	
Leinen-Joppen	1 ⁴⁰	2 ⁰⁰	2 ⁵⁰	"



Getragene Maß-Garderoben

10.— 12.— 16.— 20.— 22.— u. s. w.

Kaufhaus für Herren-Garderoben G. m. b. H.

Neue Schweidnitzerstr. 6

an der Gartenstrasse.

3720,

Zu billigsten Preisen
kauft man das eleganteste und haltbarste
Schuhwerk

bei bester größter Auswahl in Leder-, Gips- und Kautschukschuhen sowie Holz- und andere Pantoffeln zu billigsten Preisen nur bei
Robert Kretschmer, Schuhmachermeister,
Friedrich-Wilhelmstraße 52, gegenüber der Friedrich-Kirche.

Sanitätsartikel!
1. Brandlöcher, Leibbinden
2. Bandagen, 3. Schlotwaschen
W. Fritz, Buchstr. 36,
3793

Nur 50 Pf. wöchentlich betr. die Rate für
Dickens Werke
Gesamtausgabe in 3 Bänden
Gesamtpreis 3 Mk.
Zu beziehen durch
Kaufhaus u. Expedition

Kleiner Anzeiger

Unter dieser Rubrik kosten je drei Worte 10 Pfennige. Abonnenten haben gegen Guthaben 5 Worte frei. Das erste Wort fett. Schriftart bestimmt der Verlag. Geforderte Abweichungen bedingen Zeilenpreis.

Kauf und Verkauf
Getragene Maßgarderoben, für Herren, billig, gut erhalten. Kaufhaus für Herren-Garderoben, Neue Schweidnitzerstr. 6. 3725

Christentum und Sozialismus von H. Debel 0.10

Abonnenten und Leser der „Volkswacht“ können ihre Zeitung nicht allein durch das Abonnement und die Zuführung neuer Abonnenten unterstützen, sondern sie unterstützen die „Volkswacht“ auch dadurch, daß sie bei ihren Einkäufen die Inserenten der „Volkswacht“ berücksichtigen und sich bei ihren Einkäufen auf die „Volkswacht“ beziehen.
Durch alles dies wird die „Volkswacht“ aktiv unterstützt.

Schauspielhaus
Opern- und Schauspieltheater
Freitag, 8 Uhr: 3700
„Das Gezeri“
Sonnabend, 8 Uhr:
„Jedda“
Sonntag, 8 Uhr:
„Resenmantel“

Zeltgarten.
Einziges Sommer-Theater.
Kielersprogramm.
Geistliche Spektakel.
Freitag 8 Uhr: 5684

Liebig's Etabl.
Täglich abends 8 Uhr: 2073
Breslau, so schön wie aus!
Konditorei, Eis, Obst
und Mineralien. Garten
für Sommer-Veranstaltungen

RT

Reform-Kino
Schneidmühlstr. 17/18
Freitag, 8 Uhr: 2073

Residenz-Theater
Gartenstrasse, Liebig
Nur noch 3 Tage!
Täglich von 11 Uhr vorm.
bis 10 Uhr abends:
Lebend!

Solo Kleinod.
Juwelier, Goldschmied
Kaufhaus für Herren-Garderoben
Neue Schweidnitzerstr. 6

Schneidere
Henkels
Schneidmühlstr. 17/18

Kart. und nun kommen noch 50.000 Mark hinzu, damit einige Straßen für wenige Tage ausgemacht werden, damit Straßen und Bahnen angebracht werden. Glauben Sie, daß sich die wolleisenden Protestanten daran satt sehen können?

Sie schreiben sich immer so viel auf Ihren Patriotismus auf. Warum folgen Sie nicht dem Beispiele von Berlin, wo man das Ausschmücken der Straßen den Bürgern der Stadt überläßt; dagegen läßt sich nichts einwenden. Der Magistrat aber scheint zu seinen Bürgern nicht das nötige Vertrauen zu haben, daß dabei viel herauskommen würde. Mit dem Patrimonium ist es eben eine ganz eigene Sache; er treibt seine schändlichen Willen dort, wo die Allgemeinheit die Kosten dafür zu übernehmen hat. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Sparianische Einsprüche sind von oben empfohlen worden, Spariankeit wurde den Verwaltungen bei der Ausstellung der letzten großen Staatsausstellung gemacht; hier aber ist von allem nichts zu hören. Herr Kollege Hirschel vertritt den Standpunkt, daß man ein Krematorium nicht aus öffentlichen Mitteln bauen dürfe, weil man dadurch die Gefühle der Gegner einer solchen Einrichtung verletzen würde. Logischerweise dürfte man Ausgaben, wie die verlangten, auch nicht aus öffentlichen Mitteln bestreiten, will man nicht die Gefühle Andersdenkender verletzen. Liebe man also auch hier Toleranz.

Ausdrücklich verweise ich auf die Schlüsse der Erklärung, die mein Kollege Adde am 29. Mai d. J. an dieser Stelle abgab, und darin gipfeln, daß Wilhelm II. dem Ziele der Verbesserung, dem wir angehören, in offener Feindschaft, ja mit Wertschätzung gegenübersteht. Aus den hier angeführten Gründen lehne ich mit meinen Freunden diese Vorlage ab. (Bravo!)

Stadtbaurat Berg: Mir ist nichts unangenehmer, als für dieses Geld nur etwas auf Stunden zu schaffen. Mir persönlich wäre es am liebsten, man gäbe dafür gar nichts aus; aber die Stadt hat nun einmal repräsentationspflichten, denen sie sich nicht entziehen kann. Mit Rücksicht auf die höheren Löhne und das Jahr der Jahrhundertfeier ist der Betrag etwas höher ausgefallen. Redner äußert sich dann im einzelnen über die Ausschmückung der Straßen und behauptet, daß von den 50.000 Mark viel für Löhne ausgegeben werde, etwa 80 Prozent.

Oberbürgermeister Matting: Ich glaube, ich bin es der Bürgerschaft schuldig, gegenüber dem Stadtvorordneten Schutz zu erklären, daß nicht die meisten Bürger sozialdemokratisch gesonnen sind. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Ich glaube, selbst in den Reihen der Männer, die sozialdemokratisch gesinnt haben, haben wir patriotisch gesinnte Leute. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Es handelt sich um eine Repräsentation aus dem vollen Herzen der Bürgerschaft und des Magistrats. Die Ausrüstung des Herrn Stadtbaurats, daß er am liebsten gar keinen Straßenschmuck wünschte, ist wohl nur eine rechnerische Entgegnung; er wollte sagen, daß er für kurze Zeit nichts ausgegeben möchte.

Stadtv. Körner II (Konj.): Ich glaube, bei Herrn Stadtbaurat Berg handelt es sich keineswegs um eine Entgegnung, wenn er sagte, er bebaure, daß für die Ausschmückung etwas verwendet wird. Es ist bezeichnend, daß ein Stadtbaurat so spricht.

Stadtbaurat Berg: Ich glaube, man unterschätzt mir allerdings etwas. Ich habe nur sagen wollen, ich würde lieber 300.000 Mark für den Kaiser ausgeben, wenn es sich um einen dauernden Schmuck handelte.

Stadtv. Peilberg (lib.): Ich möchte Verwahrung einlegen dagegen, daß der Herr Stadtbaurat etwa gesagt hat, er wolle den Straßenschmuck überhaupt nicht haben. Ich bebaure, daß Herr Dr. Körner diese Schlussfolgerung gezogen hat. Herr Stadtbaurat Berg hat unzulässig erklärt, daß er lieber 300.000 Mark geben würde, wenn es sich um etwas Dauerndes handelte, und verlangt nur, daß die 50.000 Mark für ein Werk von Stunden ausgegeben werden sollen.

Der Antrag, 50.000 Mark zu bewilligen, wird abgelehnt, und der Antrag Hofbauer angenommen, der auf 30.000 Mark lautet.

Eintrittspreise für das Stadttheater.

Nach einer Magistrats-Vorlage sollen die Eintrittspreise für das Stadttheater von der Stadtvorordneten-Versammlung festgestellt werden. Die Vorlage war dem Finanzausschuß überwiesen, der sie mit einigen Änderungen empfiehlt.

Der Berichterstatter Stadtv. Hanke (lib.) betont, daß der Wunsch bestand, an den bisherigen Preisen festzuhalten. Der Magistrat wolle den gewerkschaftlichen Handel mit Abonnements verbieten. Wir haben uns im Ausschusse fast einstimmig dahin erklärt, vorläufig diesen Handel nicht zu unterbinden, weil er zum Theaterbesuch anregt. Ebenso ist an dem Offiziersvorrecht, daß sie im ersten Range billiger sitzen, nicht gerüttelt worden. Ein Herr im Ausschusse betonte dabei, man solle der goldenen Jugend den Anblick des doppelten Luces nicht entziehen. (Heterell.) Da wir vor den Ferien stehen und es sich um das erste Jahr handelt, bitte ich, dem Ausschussgutachten ohne weiteres beizustimmen.

Stadtv. Landsberg (Soz.): Für Beibehaltung der jetzigen Preise sind wir auch; wir wollen abwarten, ehe wir etwas ändern. Wir begrüßen auch, daß der Abonnementshandel nicht

unterdrückt werden soll. Im einzelnen haben wir verschiedene Vorschläge. Wir schließen uns der Entscheidung des Beamtenvorrechtes an, wenden uns aber gegen das Offiziersvorrecht. Wenn die Herren ein so feines Ohrgeflüß haben, daß sie nicht auf anderen Plätzen, als auf denen des ersten Ranges sitzen können, dann müßten sie auch diese Plätze bezahlen, denn wir wollen doch nicht, daß sich das Theater zu einer militärischen Einrichtung gestaltet. Daß die Studenten im Parkett die Hälfte zahlen sollen, im Stechpartie, diesem schwarzen Dackel, aber zwei Drittel des Preises, ist unbillig. Wir verlangen, daß auch im Stechpartie nur die Hälfte gezahlt wird. Dann hätte ich eine Bestimmung dahin gewünscht, der städtische Intendant ist an drei oder vier Tagen verpflichtet, billige Vorstellungen zu geben. Die Arbeiter wollen keine Klagen; das überlassen sie den Streikern mit besondrer Sorgfalt ausgebildetem Ohrgeflüß! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Peilberg: Es war bei den vielen organisa-torischen Arbeiten bis jetzt nicht möglich, über billige Vorstellungen näheres zu sagen. Das Offiziersvorrecht liegt nicht so einfach. Es muß dabei erwähnt werden, daß die Offiziere mit ihrem Regen und in den Uniformen im Parkett nicht gut sitzen können. Das Stechpartie reicht nicht aus, um Studenten in größerer Zahl dort hineinzulassen, weshalb zwei Drittel des Preises verlangt werden.

Stadtv. Dujakowsky (Konj.): Ich bebaure, daß wir keine niedrigeren Klassenpreise einführen können. Hoffentlich kommen wir im nächsten Jahre dazu. Aus dem Abonnementshandel ergibt sich zweifellos eine Schwächung. Ferner bebaure ich, daß den Beamten keine billigeren Willeits geboten werden. Die Herren von der äußersten Linken, die für den Arbeiter billige Eintrittspreise verlangen, sollten auch den Beamten entgegenkommen. Die Offiziere können nur im ersten Rang sitzen, was für sie wahrlich kein Vergnügen ist. Die Vergünstigung dagegen für den Magistrat und den Intendanten bitte ich zu streichen. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Und der Stadtkommandant?) Gehalten Sie, dem Kommandanten und dem Polizeipräsidenten Willeits zu geben, halte ich als eine Unbilligkeit, die begründet ist mit den 600 Mark Beitrag des Kaisers.

Stadtv. Peilberg: Ich habe im Magistrat selbst die Vorlage eingebracht mit dieser gekürzten Vorchrift, und sie hat keinen Widerspruch gefunden. Der Oberbürgermeister und der Intendant müssen doch stets über das Theater unterrichtet sein, weshalb die Freiheitsgerechtigkeit nicht.

Oberbürgermeister Matting: Ich will nur sagen, wenn ich hätte voraussehen können, daß die Vergünstigungen Widerspruch finden, dann hätte ich meine Zustimmung zu dieser Vorchrift nicht gegeben. Ich habe jedoch argwöhnt, daß das, was dem Polizeipräsidenten zugestanden wird, auch dem Intendanten und mir billig ist.

Stadtv. Peilberg (lib.): Wir sind die Ausführungen des Stadtvorordneten Dujakowsky unverständlich. Wir würden in den Simplizismus kommen, wenn wir ihnen folgten. Im übrigen bebaure ich, daß man die Plätze nicht vorläufig halten und beantragen, die jetzigen Preise nur für einen Winter gelten zu lassen.

Oberbürgermeister Matting: Auch diese Frage haben wir schon besprochen. Bewahren Sie die Preise nicht, so haben Sie es ja in der Hand, eine Änderung herbeizuführen. Der Magistrat wird bereit sein, daran mitzuarbeiten, wenn es nötig ist. Heute nur etwas Vorläufiges zu schaffen, das wäre unzumutbar.

Der Berichterstatter Stadtv. Hanke (lib.) bittet, alle Änderungsanträge abzulehnen und nach dem Ausschussgutachten zu stimmen.

Die Anträge des Ausschusses werden angenommen, alle anderen abgelehnt.

Parfissal-Aufführung im Stadt-Theater.

Für Anschaffungen zu Parfissal-Aufführungen im Stadt-Theater sollen nach einem Magistratsantrage 80.000 Mk. bewilligt werden.

Der Berichterstatter Stadtv. Peilberg (lib.) erhebt in längeren Ausführungen, die Ausgabe von 80.000 Mk. dieses Jahr zurückzustellen. Man solle den Parfissal außerhalb des Spielplans auführen. Vielleicht findet sich eine Gesellschaft, die das nötige Geld zur Aufführung zeichnet.

Stadtv. Peilberg verteidigt die Magistratsvorlage. Auf die Dauer können wir uns den Parfissal-Aufführungen nicht entziehen. Unser Stadt-Theater auf Geldzeichnungen hinzuweisen, das können wir mit dem Ansehen unserer Stadt nicht vereinbaren.

Ein Schlussantrag wird abgelehnt.

Stadtv. Landsberg (Soz.): Herr Peilberg hat gesagt, es kann uns ganz gleich sein, wer den Parfissal aufführt; vielleicht kommt eine Wandtruppe, die uns den Parfissal bringt. Uns liegt aber an einer würdigen Aufführung durch die Stadt. Möglich ist es auch, daß hier wieder der Protektor eine Rolle spielt. Es ist an der Zeit, daß der Parfissal endlich den breiten Massen zugänglich gemacht wird.

Stadtv. Gählich (Konj.): Ich bin auch für die Magistratsvorlage, obwohl ich weiß, daß der Parfissal nirgends so gut aufgeführt werden dürfte wie in Bayreuth.

Der Berichterstatter Stadtv. Peilberg (lib.) bemerkt, Wagner sei uns auch durch eine sehr gute Wandtruppe zuerst vorgeführt worden. Die Vorlage wird angenommen.

Für das Versicherungsamt (Magistrats-Bureau 13) werden mehr Räume gebraucht, die im dritten Stock des Hauses Herrenstraße 28 gemietet werden sollen. Der Magistrats-Antrag wird angenommen. Bei dieser Gelegenheit bittet Stadtvorordener Wittke (Soz.), auch für ein öffentliches Wartezimmer zu sorgen, damit die Leute nicht gezwungen sind, im Entree zu warten. Dann müssen die Unfallsverletzungen im Winterhause dunkle Treppen emporklettern, wodurch sie großen Gefahren ausgesetzt sind. Auch die Stadt kann durch diesen Mangelstand in Prozesse und Unfällen geraten, weshalb Redner ersucht, den Mangel zu beseitigen.

Einer größeren Anzahl städtischer Beamten soll durch Befähigung ermöglicht werden, die Verkaufsausstellung in Leipzig zu besuchen. Die Verkaufsausstellung ist damit einverstanden. Stadtv. Peilberg (Soz.) begrüßt die Vorlage, wünscht aber, daß der Magistrat auch einige Arbeiter auf die Verkaufsausstellung in Leipzig schickt.

Dem Magistratsantrage, ein neues Rathaus auf dem Schlichthofe zu errichten, stimmt die Versammlung zu und bewilligt dafür nach dem Ausschussgutachten 900.000 Mark.

Für den Straßenbau wurden zwei Beamte gegen volle Entschädigung bewilligt; für das Krebsheilmittel Mesothorium 10.000 Mark; für ein Kassengebäude auf dem Gasanstaltsgrundstück Vestingplatz 50.000 Mk., für die Bauarbeiten in der Vestingturnhalle im ganzen 17.550 Mark, verschiedene Arbeiten in der Vestingturnhalle lehnte man dabei ab, erklärte sich aber für den Umbau des Ostflügels der Vestingturnhalle. Die neue Bauvorschriften-Ordnung wurde dem Bauausschuß überwiesen.

Der Sozialdemokratische Verein Breslau

beschäftigte sich in seiner gestrigen Vertreterversammlung zunächst mit einem Antrage, die Frauenabende in Zukunft regelmäßig am Montag nach dem Labarbeit abzuhalten. Der Antrag wurde von der Genossin Jawatsch einstimmig begründet. In der letzten Zeit haben mehrfach Verschiebungen stattgefunden, die auf den Besuch der Frauenabende ungünstig eingewirkt haben. Ist ein bestimmter Tag festgelegt, dann ist es auch möglich, an bestimmten Lokalen festzuhalten, was schon deshalb wichtig ist, weil die Frauen nicht gern in ihnen unbekannte Lokale gehen.

Genossin Behrens trat ebenfalls für den Antrag ein, der hierauf einstimmig angenommen wurde.

Den Neuwahlen gingen, wie alljährlich, eine lange Aussprache über die inneren Einrichtungen des Vereins voraus, in der die verschiedenen Wünsche und Beschwerden vorgebracht und ausgiebig erörtert wurden. In später Stunde wurde zur Wahl geschritten, deren Ergebnis von einer Kommission nach Schluß der Versammlung festgestellt wurde.

Gewählt sind als Vorsitzende Th. Müller und Wiczorek, als Kassierer Herrmann und Wittke, als Schriftführer B. Hoffmann und S. Friedrich, als Revisorin im Vorstande Frau Jawatsch, als Beisitzerin für die Bezirksleitung ebenfalls Frau Jawatsch, als Revisoren Senf, Buschmann, Giesmann und Frau Kurger, in den Bildungsausschuß Löbe, Landsberg, Wiener, Förster, Wolff, Tige, Anders, Guber, Seeliger, Meise, Lojar und Frau Friebländer und in die Prekommission Biegler, John, Meise, Fiering, Reichelt, Winger und B. Aderhold.

Ihrer Stimmenzahl nach wären die Genossen Brosig und Schüh als Mitglieder der Prekommission gewählt. Da beide aber vorher erklärt haben, die Wahl nicht annehmen zu wollen, sind die Genossen B. Aderhold und Winger als gewählt erachtet worden, die die nächsthöchste Stimmenzahl erreicht hatten.

Logisbieb. Bei einer Witwe auf der Bohrauer Straßenteilete sich am 21. Juni ein junger Mann ein, der angab, Preker zu sein und aus Hamburg zu stammen. Am nächsten Tage erzählte er der Wirtin, er habe auf der Ausstellung sein Portemonnaie verloren und hat sie um ein Darlehen von 80 Mk. damit er nach Hause schreiben könne. Die Wirtin war aber vorsichtig und gab dem Manne nur 10 Mk. Wab darauf ist der junge Mann unter Mitnahme einer braunen Reisetasche und eines Pauses und Entreeschlüssels verschwunden.

Aus aller Welt.

Hauptmanns Bedenken gegen das Festspiel.

Aus Hirschberg wird der Neuen Kreuzischen Korrespondenz geschrieben: In den Kreisen des Breslauer Magistrats ist man es so darzustellen, als ob Herr Hauptmann von ihm gewordenen Auftrag, ein Jubiläumsspiel zu schreiben, freudig angenommen habe, abgesehen von solchen, die sich auf die technische Durchführung des Festes bezogen. Diese Darstellung darf nicht in allen Punkten als zutreffend gelten. Hauptmann hat allerdings zunächst den Auftrag, ein Festspiel zur Erinnerung an die großen Tage von 1813 zu schreiben, ohne nennenswerten Bedenken. Richtig ist auch, daß sein erstes Bedenken ganz auf technischem Gebiet lagen, da er meinte, daß unter den Dimensionen der Bühne und der Festspielhalle der Eindruck der Vorstellung zu leiden haben würde. Diese Bedenken freilich der Dichter erst nach, nachdem er durch Gespräche, die ihn in Agnesendorf aufsuchten, über seine Vorstellungen beruhigt worden war.

Kann man dies geschehen, als Hauptmann von neuem Einwendungen machte, und zwar jetzt nicht mehr in Rücksicht auf die technische Seite der Aufführung, sondern auf den Gegenstand selbst, der seiner ganzen Natur nach im Widerspruch steht, in keinem Falle kann man von ihm ein Entschließen erwarten, daß den Vorstellungen, die man sich gemacht hat, man jetzt große Zeit mache, gemacht werde. An dieser Stelle werden die Vorstellungen hat der Dichter lange Zeit nachgedacht, und er hat wiederholt hingewiesen, wie es ihm unmöglich sei, gegen seine Gewissenshaftigkeit ein Bild der Zeit vor hundert Jahren zu geben. Die Verhandlungen, deren Zweck war, Hauptmann zu überzeugen, zogen sich längere Zeit hin, so daß der Breslauer Magistrat bis Ende Januar völlig im ungewissen darüber war, ob Hauptmann das Fest überhaupt schreiben werde oder nicht.

Dem Herr Hauptmann schließlich dem Träumen der Zeit zurückzuführen, so gelang dies nicht zuletzt deshalb, weil man unter dem Namen Hauptmann oder weniger nahegehende Namen in der Reihe der Kandidaten des Auftrages zu berücksichtigen waren. Das gelang es aber nicht, Herr Hauptmann, der mit dem Dichter das Jubiläumsspiel des Festes besprochen und so den Auftrag bekam, um den Dichter für die Über zu begeistern.

Das Jubiläumsspiel. Wie auf dem Ende Hauptmann in Ostpreußen ein solches Arbeiterin neben dem Dichter zu begeistern. Hauptmann ist jetzt

Wochen alles Kind, legte es auf den Packtisch und schlug ihm mit der Art den Kopf und beide Beine ab. Sie beging den Mord zu der Zeit, als der von ihr mißhandelte Mann zum Scharhaken gegangen war. Die Mörderin wurde verhaftet.

Die Rassenkrankungen in Osnabrück. Die „Osnabrücker Zeitung“ schreibt über die Ursache der Soldatenkrankungen: Wie die amtlichen Untersuchungen nunmehr ergeben haben, sind die Erkrankungen auf Fleischvergiftung zurückzuführen. Es ist festgestellt worden, daß an dem Fleisch äußerlich nichts Verdächtigendes zu finden war. Das Kind war im hiesigen Schlachthof geschlachtet, tierärztlich untersucht und für gesund befunden worden.

Kampf mit dem Bären. Im Zoologischen Garten zu Eisenach entsprang ein großer Bär, als man ihn in einen Käfig hängen wollte, um ihn nach Ulm zu transportieren. Der Flüchtling stürzte in den Garten hinaus. Eine ungeheure Panik ergriß die Besucher des Zoologischen Gartens, bis ein Schöpfer eine Finte herbeiholte und auf das Tier schob. Er schloß zwei mal nach dem Bären und trat ihm am Rücken und an der Schnauze. Dann stürzten sich mehrere Männer auf den Bären. Mit großer Kraft warf sich das wütende Tier auf seine Gegner und brachte ihnen schwere Verletzungen bei. Es dauerte lange, bis der Bär überwältigt und in sein Gefängnis zurückgebracht werden konnte.

Hähe Maximer. Trotz der beispiellosen Höhe die das Hauptmannsche Festspiel bei einem gewissen Teil der deutschen Presse hervorrief, muß man doch sagen, daß eine gewisse Achtung vor dem bisherigen Schaffen Gerhart Hauptmanns selbst in den heftigsten Gegenüberstellungen zum Ausdruck kam. Immerhin gab es doch ein paar Ausnahmen auf die der deutsche Journalismus nicht besonders stolz sein kann. Es sind diese beiden Gestaltungs-kraft und Intelligenz nicht ausreichend ist, ihnen die beanspruchte Beachtung zu verweigern. Sie haben die Aufmerksamkeit des Publikums durch eine außerordentliche Grabschrift und Schimpf-schrift auf sich zu lenken. Der eine dieser Herren, Arthur Wechsungen, hat sein Name, hießte Hauptmann in der Welt am Montag durch Ausbrüche wie „hodenlose Frechheit“ und dergleichen mehr, was für ihn der Verkauf der schmerzhaften Presse guttural wurde. Nichts ist ermutigt man ihn noch zum Ehrenamtliche des Reichserbbaues. Doch der Ruhm dieses Ehrenamtlichen der „Täglichen Rundschau“ nicht schelen. Nicht weniger haben die „Täglichen Rundschau“ einen Namen in nahe dem Namen, den Friedrichs apostel Hauptmann in die

Waden. In einer längeren Notiz „Gerhart Hauptmann dephichteri“, in der er von der tobsüchtig gewordenen Freistansprelle spricht, läßt die „schöne Seele“ über Gerhart Hauptmann folgende Niederträchtigkeit vom Stapel:

„Es ist zu Ende. Hier beginnt der Verfolgungs-wahn. Es ist die Sprache und der Ton, den jeder gesunde Mensch nicht hören kann. Soweit haben es die leidlosen Schreier mit Hauptmann gebracht. Es ist schamlos, einen sichtlich erledigten Mann zu hängen und mit fünfzig Jahren geistig ausgegebenen Mann herant vor die Öffentlichkeit zu werfen. Der Sohn, den die Gelegenheit billig bietet, stirbt vor dem mitleidervorgenden Anblick.“

Gegen diese perfide Art persönlicher Herabsetzung wehrten sich selbst einige Leser der „Tägl. Rundschau“. Sie sandten der in der Berliner Philharmonie tagenden Protest-Versammlung des Goethe-Bundes folgende Erklärung:

„Eine Anzahl Charlottenburger Leser der „Täglichen Rundschau“ sprechen ihr tiefstes Bedauern aus über die persönliche Kampfmethode ihres Kampferreferenten gegen einen Dichter, dessen letztes Werk sie selbst für literarisch anschaubar, dessen Verfasser sie aber trotz alledem für einen deutschen Dichter halten.“

F. A. Karl Meister.“

Selbstfalls hat die Höhe gegen das Festspiel eine unglaubliche Wachsamkeit und Niederträchtigkeit innerhalb der bürgerlichen Presse zutage gefördert.

Tägliche Rundschau.

Wirst du einen Menschen hassen der nicht paßt in deinen Kram, kannst ihn aber gar nicht lassen, dann leg' ab die letzte Scham.

Kann der Hunger ihn nicht zähmen und verläßt der Staatsanwalt, kannst du ihm die Götter nicht nehmen, nur, hast du keinen Gewalt --

dann bleibt diese Dinterfäre: Schreie nach dem Jernarzt, daß er jenen interniere, weil du selbst Reichthümer wärdest.

Dich bringt niemand in die Hölle, amest frei die deutsche Luft, denn du traustiger Gefelle bist ja bloß ein ganz normales Schuff.

Frans im „Vormärts“

Volksliste.

Wir werden ersucht, mitzuteilen, daß die Agitations-Flugblätter usw. für die Volksfürsorge bis heute noch nicht eingegangen sind. Das Werbematerial wird aber in den nächsten Tagen ankommen und dann sofort ausgegeben werden. Die Gewerkschaftler und Genossen werden ersucht, dies zu beachten.

Jahrhundert-Ausstellung.

Die Statisten des Jahrhundert-Festspiels und Gerhart Hauptmann.

Den Gruppenführern der im Festspiel mitwirkenden Statisten sandte Gerhart Hauptmann als Antwort auf eine Sympathieumgebung folgendes Danktelegramm:

Ich danke Ihnen innigst für den poetischen Gruß. Ihnen und den zweitausend mündigen Menschen, die bei unserm Festspiel hingehend mitgewirkt haben, und deren Herzen im Bewußtsein der Erkenntnis geschlagen haben, daß wir alle einer reinen, tiefpathologischen Angelegenheit dienen.

Gruß und Dank

Gerhart Hauptmann.

Rosentag.

Wir weisen nochmals auf den heute in der Ausstellung stattfindenden Rosentag hin, über dessen zahlreiche Sonderveranstaltungen das Inserat in der vorliegenden Nummer genaue Auskunft gibt. Es sei wiederholt betont, daß die Preise nicht erhöht sind und daß Dauerkarten billig sind.

Tanagra-Theater.

Im Tanagra-Theater gelangt seit Donnerstag wieder ein neues, originelles Programm zur Aufführung, das einen Mazurka von Chopin, eine Gavotte von Felixberger, das „Noc Maria“ von Schubert, das „Fahndender-Terzett“ aus der Oper „Boccaccio“ sowie die mimische Szene „Phryne vor dem Richter“ enthält. Zu der letzten Szene wird eine Musik von Beethoven gespielt.

• **Einen festenen Genuß** können sich unsere Genossen für verhältnismäßig wenig Geld leisten, wenn sie von der Vergünstigung Gebrauch machen, die dem Bildungs-Ausschuß von der Direktion des Schauspielhauses gewährt wurde. Den Parteimitgliedern stehen billige Theaterbillets zum Gastspiel des Berliner Lessing-Theaters (eine der ersten deutschen Bühnen) im hiesigen Schauspielhaus in der Expedition der „Volkswacht“ für die Vorstellungen am Sonntagabend (Paradies, Rosenmontag) und am Montagabend (Ibsens „Nora“) zur Verfügung. Preise der Plätze: 1. Rang und Parterre 1 Mk.; (sonst 2,90 und 3,90 Mk.); 2. Rang Mitte 0,75 Mk.; (sonst 1,10 und 2,25 Mk.); Seitenplätze 0,50 Mk.

• **Einen besonderen Genuß** wird die „Fedda Cabler“-Aufführung am Sonnabend sein, zu der ebenfalls noch Billets bei uns zu haben sind. Es sei bemerkt, daß das Gastspiel nur noch bis zum Montag dauert.

• **Schülerkassen der Straßenbahn.** Die Verwaltung der städtischen Straßenbahn erläßt eine Bekanntmachung über die Ausgabe von Schülerkarten. (Siehe Inserat.)

• **Diebstahl.** Einem Postbeamten ist in einem Restaurant am Naturtheater in Scheitnis ein Zwanzigmarkstück gestohlen worden, von einem Kollagen während der Fahrt im Innern der Stadt eine 24 Kilogramm schwere Kiste gestohlen (S. u. S. 2, 31, enthaltend Zigaretten gestohlen worden. Auf der Gutenbergstraße ist das Schloß eines Nervenarztes gewaltsam eingedrungen und gestohlen worden und aus einem gewaltsam geöffneten Stall auf der Märkischen Straße sind zwei Kaninchen gestohlen worden.

• **Ein Schwindler als Leutnant.** In einem optischen Zweiggeschäft auf der Schweidenerstraße erschien vor einigen Tagen ein Herr, der sich als Leutnant Merdowski vom 50. Regiment in Rawitsch vorstellte und den Leiter des Zweiggeschäfts um die Lieferung eines Urneeglas (Prismenfeldstecher) ersuchte. Die Rechnung sollte für die Verfertigung des Urneeglas ausgestellt werden, die die Bezahlung leisten werde. Der Geschäftsführer schenkte dem Herrn, der angeblich 9 zu wohnen, Vertrauen und war bereit, ihm das Urneeglas, das einen Wert von 150 Mk. hatte, gleich mitzugeben. Am nächsten Tage kam der angebliche Leutnant wieder und erklärte, daß der Prismenfeldstecher nicht voll befriedige und zurückgeliefert werde. Er suchte einen anderen aus und wollte ihn ebenfalls mitnehmen; das zuerst entnommene Glas werde, so gab er an, mit der Post zurückgeliefert werden. Der Geschäftsführer ging aber darauf nicht ein, sondern wollte erst den Eingang des ersten Glases abwarten, worauf sich der angebliche Leutnant entfernte, um am nächsten Tage wiederzukommen. Da aber das Glas nicht eintraf, der Besteller auch nicht wieder kam, zog das Geschäft in Rawitsch Ermittlungen ein und da ergab es sich, daß dort ein Leutnant Merdowski nicht vorhanden ist. Das Geschäft war also einem Gauner zum Opfer gefallen.

• **Verwendung von Münzmaßmessern.** In den letzten Tagen sind wieder Gasautomaten in Wohnungen Unterdenferstr. 54, Polenerstr. 81, Behnerstr. 9 und Wilschackstr. 9 gewaltsam eingebrochen und ihres Inhalts beraubt worden.

• **Studentische Raubmächter.** In einem Cafe im Stadtinnern erschienen an einem der letzten Abende fünf angezogene Studenten. Sie fingen dort an zu singen, zu lärmern und allerlei groben Unfug zu treiben. Sie bestellten sich Suppe, rührten mit ihren Spagierstöcken darin herum, so daß die übrigen Gäste Anstoß an dem ungebührlichen Betragen nahmen. Der Wirt forderte sie auf, das Lokal zu verlassen; Schimpfreden größter Art waren die Antwort, bis schließlich, doch vier von den Raubmächtern entfernten, während der fünfte weiter tobte und den Wirt mit den gemeinsten Redensarten bedachte. Zuletzt mußte ein Schuhmann herbeigerufen werden, der den Studenten zur Wache bringen wollte. Dieser leistete aber heftigsten Widerstand. Auf der Straße, wo die vier anderen Studenten auf ihn warteten, trat einer von diesen an den Schuhmann heran und beschimpfte auch diesen. Als ihn der Beamte zur Seite rief, wurde wieder der Häufling wild und nahm Stellung gegen diesen. Es gelang, den Studenten auf die Wache zu schaffen, wo es sich herausstellte, daß es sich um einen Studenten der Landwirtschaft aus dem Kreise Wohlau handelt. Der aufregende Vorgang hatte eine riesige Menschenansammlung zur Folge.

Theater, Konzerte und Vergnügungen.

Mittellungen aus den Direktionsbüros.)
Schauspielhaus. Gesamtgastspiel des Berliner Lessing-Theaters. Heute Freitag gelangt durch das Ensemble des Berliner Lessing-Theaters zum ersten Male „Das Konzert“, Lustspiel von Hermann Bahr, mit den Damen Albrecht, Burger, Grunus, Ebertz, Lorenz, Mayen und den Herren Forest, Reichert und Stenz für Aufführung. Sonnabend: „Fedda Cabler“ von Gerhart Hauptmann. Sonntag: „Rosenmontag“, eine Offizierskomödie von Otto Erich Hartleben. Montag bringen die Gäste des

Berliner Lessing-Theater. Ensembles eine einmalige Aufführung von Henrik Ibsens Schauspiel „Nora“.

Aus Breslau (Süd-)Krumarkt.

Osmig. Raubanfall. Als am Mittwoch vormittag eine Schiffersfrau ihre Nichte über das Vorgelände von der Pöpelwitzer Umschlagstelle nach dem hiesigen Dorfe führte, erschienen plötzlich drei Männer, die dem jungen Mädchen einen Bombardir, in dem sich ein größerer Geldbetrag befand, entrißen und damit das Weite suchten. Der sofortigen Verfolgung einiger in der Nähe beschäftigter Arbeiter gelang es jedoch, den Räuber zu ergreifen, ohne jedoch verhindern zu können, daß er die Beute, seiner Komplizen zuvörderst, die damit ungehindert entkamen. Der Ergreifene wurde einem hiesigen Sicherheitsbeamten übergeben.

— Unter schwerem Verdacht. Am 4. April d. J. entdeckte eine hier wohnhafte Arbeiterfrau den Verlust einer Taschenuhr. Anstatt sich zu vergewissern, ob die Uhr tatsächlich entwendet war, erging sie sich in Verdächtigungen gegen eine Flurnachbarin. Bekleide ließ sich die Anschuldigungen nicht gefallen und strengte Privatklage an. Die Verhandlung vor dem Schöffengericht endete durch das Entgegenkommen der Klägerin mit einem Vergleich, in welchem die Beklagte ihre Äußerungen mit Bewauern zurücknimmt und sich zur Ertragung sämtlicher Kosten verpflichtet. Dieser Fall mahnt erneut dazu, mit der Ehre seiner Mitmenschen nicht zu leicht umzugehen.

Breslauer Schauspielhaus.

Gesamt-Gastspiel des Berliner Lessing-Theaters: „Gefhenster“ von Henrik Ibsen.

Es gab eine Zeit, wo um dieses düstere Familien drama, in dem das Problem der Vererbung auf die Bretter gebracht wird, allenthalben ein heftiger Streit entbrannte. War zu niederschmetternd schleuderte der große nordische Herrscher der bürgerlichen Gesellschaft ihre Gebrechen ins Gesicht. Diesmal liegen die Motive nicht auf sozialem Gebiet, sondern, bei der ausgeprochenen Vorliebe Ibsens für psychiatrische Fragen begreiflich, beschäftigt er sich mit der „erblichen Belastung“. Unfassbar niederdrückend und mit eiserner Energie, wenn auch noch nicht mit der vollendeten virtuosen Technik seiner späteren Zeit, führt er den Satz von den Sünden der Väter, die in den Kindern heimgeleitet werden, bis in seine letzten Konsequenzen durch. Aber der niederschmetternde Eindruck ist seit der Zeit im Verschwinden, besonders in den Kreisen, die einer aufstrebenden Schicht der Bevölkerung angehören. Man weiß, daß es nicht nur eine Vererbung, sondern auch eine „Enterbung“ gibt. Eine Befreiung von all dem Schmutz, der oft unsere Eltern zu erkranken drohte. Das ist der Luftakt, den Ibsens „Gefhenster“ in gefunden Naturen hervorruft.

Aber auch ohne dem hatte ich das Gefühl, daß die Ausführung am Mittwoch etwas laßig war. Das lag vor allem an der Darstellung der Frau Alving, dieser wunderbaren Gestalt, die aber der Elfe Lehmann völlig mißlungen war. Denn schließlich hat sich Ibsen diese Gestalt doch anders gedacht. Diese Frau ist nicht die kleinbürgerliche, selbstgefällige Kaffeeschwemmer, die nur dann und wann einige fortwährende Momente hat, die Frau Lehmann gab. Sie hat diese Frau, mit ihrem Seelenleben so reiche Frau, mit ihrem künstlerischen Gemüt nicht zu verlassen vermocht. Ihr Spiel haftete an der Oberfläche. Elfe Lehmann ist wohl einzig in den deutschen Gestalten Hauptmanns (wie z. B. als „Wulken“ im „Wibergs“), aber für die mehr durchgelebten Frauen Ibsens eignet sie sich nicht. Ja, hierin kann sie, zumal sie oft die Gestalt der „Rose Werndt“ mit hinübernimmt, geradezu unerträglich werden. Von diesem Verständnis zeugte der Oswald des Herrn Theodor Loos, der das aus seiner Krankheit herrührende, müde Wesen, das nur dann und wann von gelegentlichen Entladungen durchbrochen wird, gut herausbrachte. Er hielt sich dabei von allen Mädchen fern. Ein wenig grob aber immerhin sehr lebenswahr war wohl der Pastor Wanders des Herrn Reichert. Die beste Leistung war mit dem Tischler Engstrand des Herrn Forest die Regine des Frä. Burger.

Gewerkschaftsbewegung.

Stadt und Provinz.

Zum Streik der Breslauer Bauknechte. Der Streik dauert ungeschwächt fort. Seit 21. April, das sind 10 1/2 Wochen, kämpfen die Gehilfen um ihren Lohnsatz und an eine Beendigung des Kampfes kann noch lange nicht gedacht werden. Die Solidarität der Kämpfenden ist musterhaft, denn während der langen Dauer des Kampfes sind erst zwei Mann, die Knechte Walter und Heinrich Kranz, ihren Kameraden untreu geworden. Die Meister, vor allem aber der Obermeister der Innung, geben sich die erdenklichste Mühe, Arbeitswillige heranzuglehen. Es muß daher nochmals ausdrücklich betont werden, daß die Knechte, die gegenwärtig arbeiten, als Streikbrecher anzusehen sind.

10 1/2 Wochen Kampf und vielleicht weitere 10 oder 15 Wochen und dies alles wegen eines einzigen Pfennigs. Einen Pfennig nur wollten die Gehilfen für dieses Jahr, aber katzenblütig wurde das als unannehmbar erklärt. Das ist das große soziale Empfinden, von dem die Breslauer Innungsmeister durchdrungen sind. Die Gehilfen aber lassen sich nicht irritieren und werden den Kampf in ungeschwächter Weise fortführen.

Wir bitten arbeiterfreundliche Blätter, hiervon Notiz zu nehmen, um den Zugang von Streikbrechern nach Breslau zu unterbinden.

Zur Mahregelung der Kellner im Residenz-Cafe, Lanzenklopp, wird uns vom Verbands der Gastwirtsgehilfen geschrieben:

Daß die Altiengeellschaft Residenz-Hotel und Cafe es abgelehnt hat, vor dem durch die entlassenen Kellner angerufenen Gewerbeamt als Eingangsamt zu erscheinen. Die jetzt im Betriebe beschäftigten Kellner sind Mitglieder eines in Berlin von den Unternehmern unterstützten gelben Vereins. Ihnen ist ein Teil der von den Entlassenen gestellten Forderungen bewilligt.

Jedenfalls werden die Breslauer Kellner nicht eher ruhen, bis alle Abgaben an den Unterhändler abgelöst sind und wenigstens ein geringer fester Lohn gezahlt wird, auch wenn noch soviel Pinkegeld aus Berlin geholt werden.

Bei der nunmehr beendeten Lohnbewegung der Kupferschmiede in Reife, die auf friedlicher Weise beigelegt wurde, gelang es, mit der Maschinenfabrik S. Weigel, Nachfolger, Altiengeellschaft und der Firma Strauch u. Schindler einen zweiseitigen, steigenden Lohnsatz abzuschließen, bei welchem eine 30prozentige Lohnsteigerung und Steigerung der Löhne für das nächste Jahr um 2 Pfg. die Stunde festgelegt sind. Der Tarif in der Höhe ist von 50 Pfg. auf 54 und 56 Pfg. pro Stunde erhöht. Wenn die Wünsche der Meister Kupferschmiede nicht ganz erfüllt wurden, so liegt dies zum größten Teil daran, daß die anderen Handwerker, ebenfalls aus Buchbruder, um 10 bis 15 Pfg. geringeren Stundenlohn als die Kupferschmiede dort erhalten. Auch liegen die Organisationsverhältnisse der in anderen Branchen arbeitenden Kollegen der Metallindustrie noch sehr im argen. Es bietet sich hier ein großes Tätigkeitsfeld für den deutschen Metallarbeiterverband. Die Kupferschmiede wollen, wo es immer möglich ist, so bald mit einverlehen, damit nach Ablauf unseres Tarifes der überaus langen Arbeitszeit von wöchentlich 60 1/2 Stunden bei der Firma Weigel ein Ende gemacht wird.

Ueber die Lohnbewegung der Kupferschmiede bei der hiesigen Firma Friedrich Dammann ist mitzuteilen, daß den älteren Kollegen 2 Pfg. und den jüngeren Kollegen 1 Pfg. pro Stunde ab 1. Juli bewilligt wurden, so daß auch in diesem Bereiche der tarifmäßige Lohn von 60 Pfg. die Stunde gezahlt wird.

Neueste Nachrichten.

Der Schwiegersohn.

Wien, 27. Juni. Aus Gmunden erzählt das „Neue Wiener Tageblatt“ die Nachricht, daß der Termin für die Uebernahme der Regenschast in Braunschweig durch den Herzog Ernst August von Braunschweig und Lüneburg nunmehr festgesetzt worden sei. Zwischen dem deutschen Kaiser und dem Weissenhaus sei die Vereinbarung getroffen worden, daß der Herzog Ernst August von Braunschweig und Lüneburg am 31. Oktober dieses Jahres die Regenschast in Braunschweig antritt und an demselben Tage auch seinen feierlichen Einzug in Braunschweig hält.

Sozial Glück werden die Braunschweiger allerdings schwer fassen können.

Großes Erdbeben.

Jugendheim an der Bergstraße, 27. Juni. Ein großes Erdbeben von mehrstündiger Dauer, dessen Herd auf der Inselwelt im Stillen Ozean, nahe Deutsch-Samoa liegen muß, ist, wie mehrere Blätter melden, gestern auf der hiesigen Erdbebenkarte von 6 Uhr ab verzeichnet worden.

Durch Hackfleisch vergiftet.

Hamburg, 27. Juni. Nach dem Genuß von gehacktem rohen Fleisch erkrankten in dem Stadtviertel St. Pauli und in Altona insgesamt dreizehn Personen. Das Gesundheitsamt in Hamburg, das sofort eine gründliche Untersuchung in dieser zunächst recht geheimnisvollen Vergiftungsaffäre anstellte, ermittelte bestimmt, daß alle dreizehn Personen in einem und demselben Restaurant rohes gehacktes Fleisch gegessen hatten. Besonders schwer erkrankt waren mehrere Angestellte dieses Restaurants. So liegt eine Nichte dieses Hotels in einem sehr ersten Zustande in dem Allgemeinen Krankenhaus.

Temperatursturz.

Wien, 27. Juni. Aus allen südlicheren Landesteilen wird ein heftiger Temperatursturz gemeldet. Auf den Alpenhöhen ist geradezu winterliches Wetter eingetreten. Von der Ragn und der Schneitelhöhe werden Temperaturen von ein Grad Kälte nach Celsius gemeldet. Die Neuschneemengen reichen bis in 1200 Meter Höhe herab. Welsch bilden die Hochregionen das Bild herrlichster Winterlandschaften. In der nördlichen Adria herrscht eine heftige Bora, im südlichen Adriagebiet ein starker Sirocco.

Die Polizei war schuld.

Madrid, 27. Juni. Bei der gestrigen Verhandlung, die gegen den Attentäter Sancho stattfand, wurden zwei Anarchisten vernommen, die erklärten, die Tat Sanchos sei sehr verständlich wegen der unaufhörlichen Verfolgungen, denen Sancho von der Polizei ausgesetzt war. Die Verhandlung gegen Sancho wurde schließlich verlagert. Neue Zeugen sollen gehört werden.

Explosives Spielzeug.

Paris, 27. Juni. In der Artillerie-Kaserne von Tarbes wurden zwei Artilleristen, die mit einer Granate gespielt hatten und die schließlich versuchten, diese auf dem Manöverfeld von ihnen gefundene Granate zu öffnen, sofort getötet und ihre Körper entseellich zugerichtet, dadurch, daß die Granate plötzlich explodierte. Mehrere andere in der Nähe befindliche Artilleristen wurden sehr schwer verletzt. Das Geschoß war bei den letzten Scharfschießungen abgeseuert worden, ohne jedoch zu krepieren und war dann durch unaufgeklärte Fahrlässigkeit eines Unteroffiziers liegen geblieben. Ein Teil der Kaserne wurde zerstört, die Fensterscheiben wurden durch die Gewalt der Detonation zertrümmert.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion, Donnerstags nur von 12-1 Uhr Mittags. Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt.

U. Kleine Erwerbslosenkasse. Die beteiligte Organisation verbietet solche Arbeiten nicht.

S. 100. 1. bis 3. In diesen Fällen kann gepfändet werden. 4. Ihre 59 Jahre alte Mutter wird in keiner Kasse mehr aufgenommen, abgesehen von einer Orts- und Betriebs-Krankenkasse, die die Mutter aufnehmen muß, wenn sie versicherungspflichtige Arbeit annimmt. 5. Das Vorgehen des Forstbeamten ist kleinlich, aber Sie können gegen ihn nichts ausrichten. Werden Sie angezeigt, so haben Sie noch eine Strafe zu erwarten.

Schleiermacherstraße 28. Sie haben recht; das Grammophonspielen ist oft nichts Angenehmes; aber gegen das Spielen am Tage ist nichts zu machen. Vielleicht können Sie in Güte erreichen, daß die Spieleret nicht gar zu arg betrieben wird.

Gesellschaften der städtischen Wandl-Rotierungs-Kommission.

Gesell.	pro 100 Kilogramm		pro 100 Kilogramm	
	alt	neu	alt	neu
Belgen, weiler	19 80	18 70	18 80	17 70
Belgen, gelber	19 80	18 80	18 80	17 80
Woggen	18 80	18 40	18 80	17 80
Gerje	18 80	18 40	18 80	17 80
Belgen	18 80	18 40	18 80	17 80
Belgen	18 80	18 40	18 80	17 80
Belgen	18 80	18 40	18 80	17 80
Belgen	18 80	18 40	18 80	17 80
Belgen	18 80	18 40	18 80	17 80

Breslauer Wismutmarkt. Weil ruhig der 100 Kilogramm mit Goldbrutto Wismutwert 90 ruhig 26,50-27,00 Mk. Woggenmarkt 8 ruhig 22,75-23,25 Mk. Woggen-Hauswagem ruhig 22,55-22,75 Mk. Woggen-Hauswagem ruhig 11,50-12,00 Mk. Weilermarkt 11,50-12,00 Mk. Weilermarkt 11,50-12,00 Mk.

Wasserstands-Nachrichten der Ober.

Station	Wasserstand	Wasserstand		Wasserstand		Wasserstand		Wasserstand	
		1.00	0.82	2.07	0.88	0.88	0.88	0.88	0.88
27.6	1.00	0.82	2.07	0.88	0.88	0.88	0.88	0.88	0.88
28.6	1.11	0.82	2.07	0.88	0.88	0.88	0.88	0.88	0.88
Witte	1.68	0.98	2.12	0.42	0.42	0.42	0.42	0.42	0.42

Bersammlungen und Vereine.

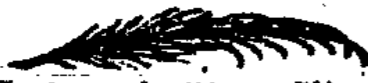
Freitag, den 27. Juni.
Konsum- und Sparverein „Fortwärt“, abends 8 Uhr Versammlung im „Gewerkschaftshaus“.
Ohlau, Sachkarratter, Sonntag nachmittag 2 Uhr, im Gasthof „Stadt Deis“.
Ohlau, Konsumverein, Sonntag nachmittag 8 Uhr, im „Preußischen Hof“.
Saarau, Sozialdemokratischer Verein, Sonntag nachmittag 8 Uhr, bei Frau Jentsch, Saarlautern.
Schauberg, Sozialdemokratischer Verein, Sonntag nachmittag 11 Uhr, bei Gule.

Versammlungen u. Vereine

Konsum- und Sparverein „Vorwärts“

für Breslau und Umgegend v. G. m. b. H.
Mit dem 30. Juni endet unser Geschäftsjahr. Wir ersuchen unsere Mitglieder, rechtzeitig ihre kleinen Gegenstände in Marken à 20.- Mark einzutauschen. Vom 1. Juli ab gelangen neue Gegenstände zur Ausgabe. Die Markenkarten bitten wir bis zum 31. Juli 1918 in den Warenabgabestellen abzugeben.

Der Inventur wegen bleiben am Montag, den 30. Juni, folgende Warenabgabestellen geschlossen:
Krenzbürgerstraße, Horwarkstraße, Merkelstraße, Berlinerstraße.
Der Vorstand.



Am 25. Juni, nachmittags 5 1/2 Uhr, verstarb nach schwerem Leiden meine gute Frau, Schwester, Schwägerin und Tante

Auguste Melzer geb. Franzko

im Alter von 71 Jahren 10 Monaten.
Leicht sei ihr die Erde!
Die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung: Sonnabend, den 28. Juni, nachm. 6 Uhr, nach dem neuen Mauritiuskirchhof.
Trauerhaus: Klosterstrasse 84. 3798

Am 24. Juni, mittags 12 Uhr, verschied nach kurzer schwerer Krankheit unsere gute Mutter

Dorothea Langner

im Alter von 87 Jahren. 3788
Die selgen tiefbetrübt an
Die tieftrauernden Kinder
L. A. W. Langner.
Beerdigung: Sonnabend nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gräbchener Friedhofs.

Am 28. d. Mts. verschied nach langem schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwiegermutter, Schwester und Schwägerin, die Wickelmacherin

Frau Anna Wandel

im Alter von 60 1/2 Jahren. 3806
Die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung: Sonntag, den 29. Juni, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle in Cosel aus.
Trauerhaus: Frankfurterstrasse 99.

Am 23. d. Mts. starb plötzlich am Gehirnschlag mein lieber, guter Mann, unser treuer Vater, Schwieger- sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Keramacher

Friedrich Klein

im Alter von 45 Jahren.
Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen
Emma Klein geb. Ehrlich
nebst 5 unehelichen Kindern.
Die Beerdigung findet Sonnabend, nachmittags 5 1/2 Uhr, vom Trauerhaus, Westendstrasse 37, nach dem Gräbchener Gemeindefriedhof statt. 3790

Am 28. d. Mts. verstarb unser Freund und Verbandskollege, der Keramacher

Friedrich Klein

im Alter von 45 Jahren. 3792
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (Verwaltung Breslau).
Beerdigung: Sonnabend, den 28. Juni, nachmittags 5 1/2 Uhr, vom Trauerhaus Westendstrasse 37 nach Gräbchen.

Todes-Anzeige.

Am 25. Juni starb plötzlich und unerwartet unser lieber Freund und Kollege, der Keramacher

Friedrich Klein

im Alter von 45 Jahren. 3797
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Ferner, Keramacher und Glaserei-Hilfsarbeiter der Liko-Heilmann-Werke. Akt. General.
Die Beerdigung findet Sonnabend, nachm. 5 1/2 Uhr, vom Trauerhaus, Westendstr. 37, nach Gräbchen, Gemeindefriedhof, statt.



Am 25. Juni, früh 7 1/2 Uhr, verschied nach jahrelangem, schweren, mit Geduld ertragenem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwager und Onkel, der Fräbers Tischler

Max Langner

im Alter von 87 Jahren.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung: Sonntag, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gräbchener Friedhofs, Leichenhalle.

Sommer - Ausverkauf

Hervorragende Kaufgelegenheiten
in fertiger

Morgen Sonnabend

3ter Tag
Schluß:

Dienstag, d. 1. Juli,
abends 8 Uhr.

Bettwäsche

Nur beste, langjährig bewährte Qualitäten in sauberster Näharbeit.

Fertige Bettbezüge 1 Deckbett, 2 Kissen richtiger Größe

Linon . . . Mk. 4⁹⁵ 6⁰⁰ 6⁴⁵ Damast . . . Mk. 7⁷⁵ 8²⁰ 8⁸⁵
Wallis . . . Mk. 6²⁵ 7⁷⁵ 9⁰⁰ Züchen bunt Mk. 4²⁰ 4⁶⁵ 5⁶⁰

Fertige Bettlaken

reichlich groß, sauber geäumt.

Dowias Mk. 1⁴⁵ 1⁹⁵ 2³⁰
Halbleinen Mk. 1⁹⁵ 2⁴⁵ 2⁹⁰
Reinleinen Mk. 2⁶⁵ 3⁷⁵ 4³⁰

Fertige Inletts 3744

1 Deckbett, 2 Kissen richtiger Größe:

Gute Qualität Mk. 5⁵⁰ 7⁰⁰ 8⁹⁰
Beste Federkörper Mk. 9²⁰ 10³⁵ 13⁰⁰
Unterbetten in allen Preislagen.

Reste in weißen Bett-Linons, Wallis, Bett-Damast, Bettlaken-Dowias, roten Inletts und Unterbett-Drells in **großen Mengen, weit unter Preis.**

Leinenhaus BIELSCHOWSKY

Kais. u. kgl. österr.-ungar. Hoflieferant.

BRESLAU

Nikolaistraße 75/76, Ecke Herrenstraße.

SAISON - RÄUMUNGS - VERKAUF

6 extra billige Tage

An diesen 6 Tagen verkaufe, um mit meinem grossen Lager zu räumen, ohne Rücksicht auf den regulären Wert, zu nachstehend enorm billigen Preisen.

Freitag, den 27. Juni
Sonnabend, d. 28. Juni
Sonntag, den 29. Juni
Montag, den 30. Juni
Dienstag, den 1. Juli
Mittwoch, den 2. Juli

Ein Posten chic garnierte Damen-Hüte in kleinen und grossen Formen Serie I II III IV jetzt Mk. 3.50 4.75 6.75 8.75	Ein Posten Mädchen und Kinderhüte mit verschiedenen Garnituren Serie I II III IV jetzt Mk. 1.25 1.85 2.75 3.75	Ein Posten engl. garn. Sport- und Reise-Hüte Serie I II III IV jetzt 75 A 1.45 1.95 2.75	
Ein Posten Leinen - Südwesters Serie I II III IV jetzt 45 95 135 265	Ein Posten Strohborsten-Südwesters Serie I II jetzt Mk. 195 275	Ein Posten Auto-Mützen in Körper und Leinen jetzt Stück 75 A	Ein Posten Heinerie-Hüte Serie I II jetzt 35 A 65 A

Ein Posten **ungarnierte Hüte**
welche sich in der ersten Etage befinden, in vollständig separater Abteilung.

Serie I **65 A** Serie II M. **1.45** Serie III M. **2.25**

Ein Posten echt amerik. Panamas jetzt Mk. 8.50 12.50 16.50	Ein Posten div. Exoten jetzt Mk. 1 ²⁵ 2 ²⁵ 3 ⁵⁰
Formosa-Hüte jetzt Mk. 7.50 9.50 12.50	Palmien-Hüte jetzt Mk. 2 ⁷⁵ 3 ⁷⁵
Manarara-Hüte jetzt Mk. 2.25 3.50 4.50	

Besonders vorteilhaft für die Reise!

Ein Posten **Straussfedern**
schwarz
lang 49/50 cm 45 cm
jetzt 3.50 2.25
40 cm 38 cm
1.25 75 A

in elegant garnierte Hüte darunter Modelle sowie Hüte mit echten Federn und Federkränzen, welche sich in der ersten Etage befinden, zu ganz aussergewöhnlich billigen Preisen.

Keine Auswahlendung. Alles soweit Vorrat. Verkauf nur gegen bar.

Bitte die Preise und Dekorationen in meinen vier Schaufenstern zu beachten. Besondere Anzeigen und Preise von ungarnierten und engl. garnierten Hüten gegenüber Reuschstrasse 26.

M. TICHAUER

Spezialhaus für Damenputz, Reuschstrasse 46 47/48
parterre und erste Etage. 3794

Deutscher Reichstag.

170. Sitzung, Donnerstag, den 26. Juni, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsstische: Kühn.

Die zweite Beratung des

einmaligen außerordentlichen Wehrbeitrages

wird fortgesetzt.

§ 17 bestimmt, daß bei land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken der Ertragswert bei der Feststellung des Vermögens zugrunde gelegt werden soll, als solcher hat das 25fache des Reinertrages zu gelten. Ebenso wird bei bebauten Grundstücken, die Wohn- oder gewerblichen Zwecken dienen, der Ertragswert, und zwar das 25fache des Miet- oder Pachtertrages zugrunde gelegt. In allen Fällen kann aber der Beitragspflichtige verlangen, daß statt des Ertragswertes der gemeine Wert der Veranlagung zugrunde gelegt wird.

Abg. Graf Westarp (kons.) beantragt statt des 25fachen des Reinertrages das 20fache als Ertragswert zugrunde zu legen.

Die Abgg. Albrecht (Soz.) und Genossen beantragen Streichung des ganzen Paragraphen.

Abg. Emmel (Soz.): Wir wollen mit unserem Antrag erreichen, daß, wie das in § 18 festgelegt ist, bei der Feststellung des Vermögens der gemeine Wert (Verkaufswert) seiner einzelnen Bestandteile in allen Fällen zugrunde zu legen ist. Der § 17 will in dieser Beziehung Ausnahmen vorsehen, die eine Bevorzugung des Agrarierstandes bedeuten. Bei Grundstücken, die „dauernd land- oder forstwirtschaftlichen Zwecken dienen“, soll danach der Ertragswert zugrunde gelegt werden. Nun gibt es aber eine Reihe von Grundstücken, die scheinbar dauernd zu solchen Zwecken bestimmt sind, aber in der Tat schon Spekulationsobjekte darstellen und als solche in kürzerer oder längerer Frist einem weit höheren Verkaufswert haben werden. Hier würde sich der Ertragswert unweigerlich weit entfernen von dem gemeinen Wert. Daher liegt in dieser Bestimmung eine

gewaltige Veranschönerung der übrigen

Abgabepflichtigen.

(Sehr richtig! bei den Soz.) Ferner soll als Ertragswert angesehen werden das 25fache des Reinertrages „bei ordnungsmäßiger Bewirtschaftung mit entlehnten fremden Arbeitskräften.“ Diese Bestimmung erschwert ungeheuer die Ermittlung des wirklichen Ertragswertes. Die einzelnen Veranlagungs-Kommissionen werden von ganz verschiedenen Gesichtspunkten ausgehen. Die Einschätzungsmethoden bei den Agrariern sind ja bekannt, sie werden hier natürlich beibehalten werden. Diese Bestimmung ermöglicht auch den Grundbesitzern, für sich selbst und ihre Familienangehörigen, es für sich wirklich tätig und oder nicht, eine Entlohnung in Abzug zu bringen, z. B. für die Frau des Rittergutsbesitzers, die sich vielleicht etwas um den Viehbestand kümmert. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Folgerung aus dieser Bestimmung wäre, daß man auch den Gewerbetreibenden das Recht geben müßte, eine Entlohnung für die Arbeit ihrer Familienangehörigen in Abzug zu bringen. Da das nicht geschieht, liegt in dieser Bestimmung eine große Ungerechtigkeit. Graf Westarp will nun mit seinem Antrag die Veranschönerung, die in der Budgetkommission in der ersten Lesung mit ganz geringer Majorität beschlossen worden war, und dann in zweiter Lesung bekräftigt wurde, wieder in das Gesetz hineinbringen. Das würde eine weitere gewaltige Begünstigung des Agrarierstandes bedeuten, der Kreise, die es bisher schon so gut verstanden haben, sich von der

Zahlung von Steuern nach Möglichkeit zu drücken.

(Sehr wahr! bei den Soz.) Wir erwarten deshalb, daß die Mehrheit des Reichstages den Antrag Westarp ablehnen wird. — Auch sind gegen die Formulierung des § 17 noch sonstige Bedenken geltend zu machen. Nach Absatz 3 sollen die der Land- und forstwirtschaft dienenden Gebäude und Verkehrsmittel nicht besonders veranlagt werden. Dadurch ist die Möglichkeit gegeben, große Parks, ganze Schlösser nicht mit zu veranlagern. In der Kommission wurde ausdrücklich betont, daß auch solche Schlösser unter die Gebäude fallen sollen, die nicht besonders zu veranlagen sind. (Hört, hört! bei den Soz.) Ebenso wird man zu den „Verkehrsmitteln“ die Luxusperle und Automobile der großen Herren rechnen, also solche Objekte, die bei anderen Leuten zur Steuer herangezogen werden. (Hört, hört! bei den Soz.) Dadurch, daß man auch die Pausagiarier in diesen Paragraphen herangezogen hat, wird er für uns durchaus nicht annehmbar. Der beste Beweis, daß der ganze § 17 überflüssig ist, ist der letzte Absatz, der jedem Beitragspflichtigen das Recht erteilt, zu verlangen, daß der gemeine Wert an Stelle des Ertragswertes zugrunde gelegt wird. Damit

wird ausdrücklich zugegeben, daß die eigentliche gerechte Basis der Veranlagung der gemeine Wert ist. Damit, daß dies Recht dem Beitragspflichtigen gegeben wird, gibt man zu, daß es sich hier nur um eine

einseitige Begünstigung des Agrarierstandes

handelt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Aus all diesen Gründen ersuchen wir Sie, diese Begünstigungen des Agrarierstandes abzugeben und unserem Antrage zuzustimmen. (Veh. Beifall bei den Soz.)

Abg. Graf Carmer-Bieserwoltz (kons.) tritt für den konservativen Antrag ein; die Lage der Landwirtschaft und ihre Veranschönerung rechtfertigen ihn.

Unterstaatssekretär Zahn: Die Lage der Landwirtschaft rechtfertigt den Kommissionsbeschluß.

Abg. Ulrich-Offenbach (Soz.) wendet sich gegen die konservative Behauptung, daß man in Hessen mit der Besteuerung nach dem gemeinen Wert schlechte Erfahrungen gemacht habe. Das heftige Vermögensgesetz von 1899 legt ausnahmslos den gemeinen Wert zugrunde, erst 12 Jahre später war der Einfluß der Agrarier so groß geworden, daß in dem Vermögensgesetz ein Mittelwert zwischen gemeinem und Ertragswert zur Grundlage genommen wurde. Jedoch auch hier wird der Ertragswert nur in zweiter Linie und als Hilfsmittel herangezogen, wie sich sowohl aus dem Gesetz, als aus den Ausführungs-Vorschriften der Regierung ergibt. Die Schulden wollen wir beim landwirtschaftlichen Besitz sehr wohl berücksichtigen, aber dann soll man für hohe Verschuldung einen Abzug einführen und nicht durch allgemeine Veranschönerung des Steuerfußes die

Großgrundbesitzer begünstigen.

Wenn wir diese wichtige Sache hier ganz schnell, mit dem Respekt in der Hand, erledigen, muß der Eindruck entstehen, daß die eigenen Interessen das Entscheidende für die Herren sind und daß sie sich den Teufel kümmern um die Interessen des Volkes. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Frhr. v. Seyl (wildnail.): Wir haben in Hessen mit dem gemeinen Wert schlechte Erfahrungen gemacht, es ist eine Novelle in Vorbereitung, auch bei der Staatssteuer den Ertragswert zugrunde zu legen.

Abg. Ulrich (Soz.): Schlechte Erfahrungen mit dem gemeinen Wert haben nur die Agrarier gemacht. Wenn die neue Novelle kommt, ist sie noch keineswegs angenommen. (Vizepräsident Dove bittet, nicht auf persönliche Verhältnisse einzugehen.) Ich bin es dem Hause schuldig, festzustellen, daß das Gegenteil der agrarischen Behauptungen richtig ist.

Abg. Dr. Südekum (Soz.): Der Abg. v. Seyl hat von einer Ungerechtigkeit der Kommissionsbeschlüsse gegen den städtischen Grundbesitz gesprochen. Ich stelle fest, daß nach den Kommissionsbeschlüssen zweiter Lesung möglicherweise die Willensbesitzer besser dastünden könnten, indem ihnen ein Wahlrecht bleibt zwischen der Einschätzung nach dem gemeinen Wert und nach dem vielfachen des Ertragswertes. Aber für weite Kreise des städtischen Hausbesitzes, namentlich in Groß-Berlin, und vielen Industrie- und Gewerbeorten ist diese Möglichkeit der Wahl durch die Einföhrung des Multiplikators 25 ganz ausgeschlossen. Für das flache Land wird dieser Multiplikator richtig sein, aber für den städtischen Grundbesitz durchaus ungerade. Das hat eine große Bedeutung um deswillen, weil gerade der von mir bezeichnete Grundbesitz in erster Linie in der Lage ist, die ihn treffende verhältnismäßig zu schwere Belastung auf die Mieter abzuwälzen, die in Groß-Berlin 96 bis 97 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen. Wenn es sich bei dem Wehrbeitrag auch nur um eine einmalige Abgabe handelt, so wird sie doch auf drei Jahre verteilt, und ob diese Finanzlastung nicht

eine dauernde Mieterhöhung

zur Folge haben wird, bleibt dahingestellt. (Vehafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Also, da die Wahl der Besteuerungsart für den städtischen Hausbesitz nicht existiert, erklärt er seine Begünstigung, denn den 25fachen Ertragswert der Steuer zugrunde zu legen, wird dem städtischen Hausbesitz unvertretbar erscheinen; für ihn bleibt es also beim gemeinen Wert, den Herr v. Seyl selbst als eine ungerechte Einschätzung bezeichnet hat. Ich aber bin der Meinung, daß wenn der städtische Hausbesitz nach dem gemeinen Wert eingeschätzt werden muß, dasselbe Recht auch für die agrarischen Grundstücke gelten muß. (Veh. Beifall h. d. Soz.)

Abg. Frhr. v. Seyl (wildnail.) behauptet, daß auch im Interesse der Arbeiterwohnungen die Steuer nach dem Ertragswert notwendig sei.

Abg. Dr. David (Soz.): Das Gesetz sieht Erleichterungen für die Arbeiterwohnungen vor. Gätten Sie unseren Antrag angenommen, daß bei Einkommen bis 2000 Mk. Vermögen bis 50 000 Mk. fernbleiben sollten, so wären die Arbeiter in den

Ziedlungen des Herrn v. Seyl förmlich frei, denn die hessischen Arbeiter haben noch kein Einkommen von 2000 Mark.

Abg. v. Wedding (Welfe) tritt für den konservativen Antrag ein, der gegen die Rechte und einen Teil des Zentrums abgelehnt wird. § 17 wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Bei § 31 a beantragen die Sozialdemokraten eine andere Skala für die Besteuerung der Einkommen, die die höheren Einkommen mehr belastet.

Abg. Warm (Soz.): Die Kommission hat in der zweiten Lesung den großen Einkommen Millionengruppe gemacht; da haben Konservative und Zentrum, gegen die die Beschlüsse erster Lesung zustande gekommen waren, zusammengegriffen. Während nach der ersten Lesung bei 300 000 Mk. Einkommen 89 000 Mk. Wehrbeitrag festgelegt waren, sind es jetzt nur noch 21 000 Mk. und bei 2 Millionen Mark Einkommen statt 886 000 Mk. jetzt nur noch 160 000 Mk. Wir wollen die früheren Beschlüsse der Kommission durch unseren Antrag wiederherstellen.

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt. Bei § 34 (Vermögenserklärung) wird nach kurzer Debatte ein konservativer Antrag abgelehnt, der nur für diejenigen eine Deklarationspflicht festsetzen will, die mehr als 50 000 Mk. Vermögen haben. Abg. David (Soz.) hatte hiergegen auszuführen, daß man nicht eine Lücke in dem Gesetz für gewisse Steuerpflichtige schaffen dürfe.

Ein Antrag Gröber (Zentr.), daß die Einschränkung in die Vermögensnachweisungen in der Wohnung oder dem Geschäft des Beitragspflichtigen erfolgen soll, wird angenommen, ebenso ein polnischer Antrag, wonach dann, wenn von der Vermögenserklärung abgesehen wird, der Bescheid hierüber nicht auf Verlangen, sondern immer zu erteilen ist.

Auch ein Antrag des Grafen Westarp (kons.), daß die zweite Rate des Wehrbeitrages, statt am 15. März 1918, am 15. Februar 1918 fällig sein soll, wird angenommen.

§ 66 bestimmt in der Kommissionsfassung, daß die über den Bedarf hinausgehenden Erträge des Wehrbeitrages zur Bestreitung der dauernden Ausgaben der Heeresvorlage verwendet werden sollen; eventuell auch zur Ermäßigung der dritten Rate des Wehrbeitrages. — Ein Antrag Graf Westarp (kons.) will diese Beträge nur zur Ermäßigung der letzten Rate verwenden. — Ein Antrag Albrecht (Soz.) verlangt die Verwendung dieser Beträge für Unterstützung der Kriegsteilnehmer, Bekämpfung der Tuberkulose, Förderung des Mütter- und Säuglingschutzes und der Wohnungsreform etc.

Abg. Hofrichter (Soz.) begründet den Antrag Albrecht. Der Wehrbeitrag wird auf der Grundlage des Verbrauches für die preussische Ergänzungsteuer erhoben werden. Während die Arbeiter und Angestellten infolge der Deklarationspflicht bis auf den letzten Pfennig ihres Einkommens herangezogen werden, besteht für die Leute mit über 5000 Mark Einkommen die Selbstschätzung. Man ist also abhängig von ihrem steuerlichen Gewissen, das nicht selten ein robus et melius ist, wie zahlreiche gerichtliche Feststellungen namentlich für die höheren Schichten ergeben haben. Professor Hans Delbrück hat erklärt, daß die Summe der in Preußen der Besteuerung hinterzogenen Vermögen ungemein hoch sei. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Vorlage über die Vermögenssteuer bringt nun strenge Strafbestimmungen, gleichzeitig einen Erlaß früherer Steuerklinden; wenn diese Bestimmungen Erfolg haben, so wird die Milliarde des Wehrbeitrages wesentlich überschritten werden. Wir beantragen nun, die überschüssigen Beträge zur Lösung von Aufgaben zu verwenden, die von großer Bedeutung für das deutsche Volk sind. Niemand wird bestreiten können, daß die Fürsorge für die alten Kriegsteilnehmer, für die Arbeitslosen, für den Mutter- und Säuglingschutz und für die Bekämpfung der Volkskrankheiten ungemein wichtig ist. Es wäre doch verfehlt an der Zeit, endlich einmal den unerhörten Zustand zu beseitigen, daß arme Kriegsteilnehmer bettelnd durch die Lande ziehen müssen, um sich überhaupt erhalten zu können. Die Unterstützungsbeträge, mit denen die Kriegsveteranen heute abgewehrt werden, sichern diese in keiner Weise vor Not und Elend. Wir verlangen, daß den

Veteranen wenigstens ein sorgenfreier Lebensabend

gesichert werde. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Die Säuglingssterblichkeit ist bekanntlich ungemein hoch und beträgt das Zehnfache der Gesamtschicksal. Deutschland marschiert mit der Säuglingssterblichkeit mit an der Spitze. Auch die Mehrheit des Reichstages hat anerkannt, daß zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit größere Mittel bereitgestellt werden müssen, die Regierung aber hat nicht mehr dafür getan, als das Säuglingsgesetz vorzulegen! Welch ungeheure Gefahr für die Volksgeundheit ist doch die Tuberkulose! Es müssen ihre Ursachen und ihre Beseitigung erforscht werden, wenn sie mit Erfolg bekämpft werden soll. Bei Aufwendung entsprechender Mittel wird es möglich sein,

Aus aller Welt.

Vom Arbeitsmarkt der Millionäre.

Nicht nur den gewerblichen Arbeitern, sondern auch den Großen im kapitalistischen Staate scheint es gegenwärtig an der nötigen Beschäftigung zu fehlen. In einem Berliner Blatte findet sich in auffallender Letzter folgendes Inserat: „Millionär sucht angenehme Beschäftigung. Sozialintelligenter Christ in den besten Jahren, Kommerzienrat, Selbstdarsteller, hervorragender Organisator, sucht eine nicht auf Gelderwerb gerichtete Tätigkeit, um seine als Rentier übrige Zeit entsprechend auszufüllen.“ Daß die Millionäre und Milliardäre zwischen ein gewisser Spiel vor dem Wühlen im Golde und vor den irdischen Genüssen paßt, ist bekannt. Es gibt auch im Leben dieser Leute Augenblicke, wo sie sich selbst sagen, daß ihr Dasein in gewissem Sinne hohl und fade ist, zumal wenn sie ihr Vermögen nicht durch Arbeit, sondern durch Erbschaft, glückliche Spekulationen oder andere Zufälle erworben haben, was natürlich meist der Fall ist, denn lediglich durch Hände oder Kopfarbeit sind heuteutage keine Millionen mehr zu erwerben. In vielen Fällen entspringt das Pflichtgefühl hervortretende Streben nach gemeinnütziger Betätigung einer Regung des sozialen Bewusstseins. So erklärt es sich, daß Nobels, nachdem er die ganze Welt mit Dynamit und anderen gefährlichen Spreng- und Kriegsmaterialien versorgt hatte, seine Aufmerksamkeit der internationalen Friedensbewegung zuwandte. Das gleiche tat Carnegie, der in seinen jüngeren Jahren den sozialen und wirtschaftlichen Kampf mit der größten Schärfe und Mitleidslosigkeit geführt hatte. Der Lebensweg fast aller amerikanischen Milliardäre — Billiardhorden ist über zahllose, im erbitterten Ringen um den Dollar vernichtete Existenzen gegangen. Es ist das alte Lied: in der Jugend leuchtigste Lebemann, im Alter Alkoholist! Die meisten Milliardäre und Milliardäre suchen allerdings jegliche sozialen Bewusstseins und Umwandlungen durch immer neue Gemüts- und Fettersien zu betreiben. Nur wenige kommen auf die Idee, ihre noch ungebrauchten Kräfte in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen oder irgend einer erprießlichen Sache vorwärts zu helfen. Außerdem hängt es natürlich von allerlei Zufälligkeiten ab, ob die Bestrebungen, denen sie ihre persönliche und finanzielle Förderung zuwenden lassen, auch wirklich diese Produktion verdienen und ob schließlich ein Erfolg erreicht wird. Die meisten der Wohlhabenden an Kraft und Vermögen entspringt die Millionenstellungen für Kunst, Literatur und wohlthätige Zwecke kommen in der Regel in erster Linie aus dem

Verwaltung eingeflehten Kuratoren etc. zugute. Dafür haben wir auch in Deutschland zahlreiche Beispiele. Es ist anzunehmen, daß der oben erwähnte beschäftigungslose Millionär auf sein eigenartiges Inserat unzählige Zuschriften erhält. An schmerzliche Leute drängt sich schon so schon gewöhnlich eine ganze Schar von Schmarotzern heran. Dies ist natürlich erst recht der Fall, wenn in dieser Weise öffentlich dazu aufgefordert wird. Die Sache hat überdies noch eine recht bedenkliche soziale Seite. Es zeigt sich hier ganz deutlich, wie trag die Gegensätze zwischen Arm und Reich nicht nur im kapitalistischen Amerika, sondern auch in Deutschland heuteutage schon sind. Auf der einen Seite leben wir gerade jetzt in der Reichshauptstadt eine ungewöhnlich große Arbeitslosigkeit und ein beispielloses Elend in den untersten Volksschichten. Die Leiter der Kinderhilfe, der Volksküchen, Asyls etc. bestätigen, daß in diesem Jahre die Not der armen Leute einen nie vorher gekannten Höhepunkt erreicht habe. Die Zuernung und der schlechte Geschäftsgang in der Berliner Großindustrie, sowie im Baugewerbe haben zusammen eine ganz bedenkliche Situation für die arbeitende Bevölkerung geschaffen. Auf der anderen Seite hören wir von Notdurst eines Mannes, der im Ueberfluß fast erkrankt und verfault und seinem Leben durch irgendeine Tätigkeit einen gewissen Inhalt geben möchte. Vielleicht steht er sich einmal im Osten und Norden Berlins etwas genauer um. Dort finden sich noch tausend Möglichkeiten zu erprießlicher, gemeinnütziger Betätigung.

Konservatives Wes. Vor einigen Tagen wurde in Saverstedt, einem kleinen westfälischen Orte, ein Bezirksfest der Arbeiterturner abgeleitet — natürlich nicht, ohne daß ein ansehnliches Polizeiaufgebot dorthin beordert worden war. Das Fest verlief in der besten Weise. Zwei Tage darauf kam die konservative „Neue Westf. Volkszeitung“ und feierte ihren Lesern eine Schauer über ein „Stillehalten der Arbeiterturner“ vorer Turngenossen“, dem eine arme Frau zum Opfer gefallen wäre, die mit ihren Kindern trübselig dahin geschritten.

nicht lange, denn nun kam unser Bielefelder Parteiblatt her und ging dem Schwindel zu Leibe. Es stellt fest, daß allerdings an dem fraglichen Tage ein paar betrunkene junge Burschen eine Frau belästigt hatten, daß es aber dabei zu einer unsittlichen Handlung nicht gekommen war. Zu den Arbeiterturnern gehörten diese betrunkenen Leute nicht, und es ist sehr wohl möglich, daß sie unter die konservative Gefolgschaft zu rechnen sind. Der Schwindel zog also nicht lange. Nun wollte es der böse Zufall, daß just um dieselbe Zeit einem Verzeuermann des Bundes der Landwirte, dem Gutsbesitzer Niemeier in Partum — in der Nähe von Haverstedt — ein sehr unangenehmes Malheur widerfuhr, ausgerechnet diesem Namen von echt konservativer Gesinnung, wohlgesegnet mit allerlei irdischen Gütern — er nennt drei Gutsstücke sein eigen. Und das kam so: Schon Monate, ja Jahre lang war eine am Dortmund-Emskanal arbeitende Firma in der unerschämtesten Weise bestohlen worden: Kohlen, Schwelien, Eisenbleche — alles hatten die Diebe brauchen können, und die Diebereien wurden so umfangreich, dehnten sich andererseits so über den ersten Schauplatz aus, daß ein Sozialdemokrat mit ihrer Aufdeckung betraut werden mußte. Seiner Bemühungen ist es jetzt auch gelungen, Licht in das geheimnisvolle Dunkel zu bringen: Eine unvermutet vorgenommene Hausung bei dem in Westfalen, christlich gesinnten, echt konservativen Gutsbesitzer Niemeier hatte das Ergebnis, daß mehrere Wagenladungen Diebesgut aus Tageslohn gefördert werden konnten. Der edle Mann hatte mit seinen Söhnen auf diese Weise auch nichts an der Mehrung seines Gewinns gearbeitet; tagtäglich mütter er den konservativen Weidemann, griff stabslos zur Bibel, und spät abends zog er mit seinen Sprößlingen los, um sich obenbrein noch an unrechtem Gut zu bereichern.

Sommer-Ausverkauf

von morgen Sonnabend, den 28. Juni bis Donnerstag, den 3. Juli

Kassa-Rabatt 10%
auf alle Waren

Reste von Leinen- u. Baumwollstoffen, Kleider- und Waschstoffen bis 50% unter Preis.

Die einzelnen Läger bieten ganz hervorragend billige Kaufgelegenheiten für

Damen-Tisch-Bett-Kinder-

Wäsche

Herrenwäsche Blusen
Trikotagen Kostümröcke
Strumpfwaren Matinees
Krawatten Morgenröcke

Taschentücher, Unterröcke, Schürzen, Badewäsche,
Kleiderstoffe, Blusenstoffe, Waschstoffe, Gardinen,
Teppiche, Bettstellen, Steppdecken, Schlafdecken etc.

Kassa-Rabatt 10%
auf alle Waren

Verkauf nur gegen bar!

Umtausch ausgeschlossen!

In allen Abteilungen Restbestände und ungewöhnlich vorteilhafte Gelegenheitsposten.

J. Mamlok, Kupferschmiedestr. 42.

Morgen

erschint die Illustration der von unserer Partei

herausgegebenen Wochenschrift „In freien Stunden“

Es verdient Ihre Beachtung!

Zur Lohnbewegung der Barbier- u. Friseurgehilfen.

Wir richten das Ersuchen an die Partei- und Gewerkschaftsangehörigen, uns in unserem schweren Kampf zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu unterstützen. Die geregelten Barbiergehäfte sind durch Plakate mit der Aufschrift „Die Arbeitsbedingungen in meinem Geschäft sind geregelt“, kenntlich.

Nachfolgend die Liste der geregelten Geschäfte.

Sellmann, Leubnerstr. 53.
Frelow, Hubenstr. 97.
Krengauer, Watzkestr. 16.
Sommer, Weststr. 50.
Brack, Gräbnerstr. 115.
Red, Weststr. 76.
Hindemith, Steinauerstr. 17.
Ehrler, Langgasse 19.
Kriger, Krenstr. 24.
Stahn, Krenstr. 13.
Steindor, Frankfurterstr. 178.
Köhner, Leubnerstr. 54.
Wolke, Krenstr. 169.
Wolke, Krenstr. 50.
Sidel, Krenstr. 74.
Sidel, Krenstr. 11.
Hader, Krenstr. 57.
Schäfer, Krenstr. 63b.

Steiner, Posenstr. 31.
Doffmann, Weststr. 53.
Himmer, Krenstr. 60.
Schäfer, Krenstr. 29.
Wolke, Krenstr. 37.
Wolke, Krenstr. 133.
Kahler, Steinauerstr. 21.
Dennig, Gartenstr. 12.
Dämmig, Gräbnerstr. 239.
Schäfer, Krenstr. 76/78.
Doffmann, Krenstr. 14.
Dittmann, Krenstr. 182.
Hübner, Friedrich-Wilhelmstr. 91.
Wolke, Hubenstr. 31.
Hader, Krenstr. 98.
Kahler, Krenstr. 14.
Trede, Krenstr. 2.
Wolke, Krenstr. 57.

Gmhard, Krenstr. 20.
Dreier, Neue Welfengasse 18.
Karger, Krenstr. 45.
Kolonk, Krenstr. 179.
Kolonk, Krenstr. 188.
Sawenke, Frankfurterstr. 122.
Kahler, Watzkestr. 5.
Doffmann, Hubenstr. 45.
Wolke, Weststr. 3.
Wolke, Gräbnerstr. 52.
Wolke, Krenstr. 14.
Wolke, Krenstr. 28.
Korgiel, Krenstr. 53.
Sawenke, Krenstr. 9.
Staller, Welfengasse 37.
Hohnd, Margaretenstr. 26.
Stammer, Ursulinerstr. 7a.
Wolke, Gräbnerstr. 43.

Folgende Geschäfte sind streng zu meiden, keiner lasse sich in diesen Geschäften bedienen.

Verbrich, Friedrich-Wilhelmstr. 92.
Niedlich, Krenstr. 5.
Schwamm, Frankfurterstr.
Stanz, Krenstr. 33.
Wolke, Krenstr. 144.
Schäfer, Krenstr. 58.

Nachweise, Gräbnerstr. 91.
Englisch, Brandenburgerstr. 8.
Wolke, Krenstr. 20.
Wolke, Margaretenstr. 4.
Kranke, Krenstr. 74.

Schwärzer, Welfengasse 121.
Krenstr. 37.
Wolke, Krenstr. 14.
Schmalz, Krenstr. 26.
Kopido, Krenstr. 6. } Karlsruherstr. 26.
Sawenke, Krenstr. 15. } geworben.

Die nächste Liste folgt in einigen Tagen, aber nur solche Geschäfte, wo die Gehilfen organisiert sind.

Arbeiter, unterstützt die organisierten Barbiergehilfen durch eure Solidarität!

Die Lohnkommission des Verbandes der Friseurgehilfen.

Rohtabak-Handlung G. Wutke, Breslau
Museumplatz 4

Zur jetzigen Saison empfehle ich mein großes Lager von **Schuhwaren** in Herren-, Damen- u. Kinderstiefeln zu besonders billigen Preisen.
Martha Christmann, Geschäftsführerin
Augusta Koch.
36 Scheitnigerstraße 36
Bitte genau auf Firma zu achten.

Anzüge, Rosen, Bettbezüge,
Uhren, Ketten, Ringe, Schmuck
Killy Zug 3561
Leibhaus, Altbauerstraße 17 L

„Triumph“ „Cito“
Erfolgreiche Räder zu zeitgemäßen Preisen.
Gebrauchte Räder von 15 RM an.
Neue Räder von 30.50 RM an.
Reparaturen schnell und preiswert. Zeit-
gehährte Garantie. Zellgehährung gelüftet.
Tschechiner Fahrradhaus
Erlangerplatz 13, 12135/2
Friedrich-Wilhelmstraße 108.

95 Tage

Nur einmal im Jahre dieses enorm billige Angebot!

Wie alljährlich haben wir auch in diesem Jahre die 95 Pf.-Tage schon seit Monaten, vereint mit unserer Engros-Einkaufs-Zentrale in Breslau vorbereitet.

Pf. Es kommen an diesen Tagen nur reelle und gute Waren zu dem enorm billigen Einheitspreise von **95 Pf. zum Massen-Verkauf.** Der Verkauf beginnt **Sonnabend, d. 28. d. Mts.**

Jedes Stück ist ein Beweis unserer grossen Leistungsfähigkeit.

Kaufhaus gold. Zepter
Krenstr. 17, an Krenstr.

Kaufhaus F. Freund
Krenstr. 125, an Museumplatz

Kaufhaus Adler
Krenstr. 2, Ecke Brigittenhof

Kaufhaus H. Russ
Friedrich-Wilhelmstr. 92, vis-à-vis Leubnerstr.

Alle Vereinigte Detail-Geschäfte.